

Annoneen  
Annahme-Bureau.  
In Posen außer in der  
Expedition dieser Zeitung  
(Wilhelmstr. 17)  
bei C. H. Ulrich & Co.  
Breitestraße 14,  
in Gnesen bei Ch. Spindler,  
in Grätz bei L. Streisand,  
in Meseritz bei Ph. Matthias.

# Posener Zeitung.

Neunundachtzigster Jahrgang.

Jr. 100.

Donnerstag, 9. Februar.

1882.

## Kirchenpolitisches.

Der gestrige erste Tag der Verhandlung über die kirchenpolitische Vorlage läßt das schließliche Schicksal dieses Gesetzes noch ganz im Ungewissen erscheinen. Auf Seiten des Zentrums sowohl als der Regierung und der konservativen herrschte unverkennbare Scheu, das letzte Wort zu reden und sich vorzeitig zu binden. Wir sind, wenn auch aus der gestrigen Verhandlung Anhaltspunkte für diese Meinung nur spärlich zu entnehmen sind, doch der Ansicht, daß schließlich Zentrum und Konservative eine Form der Verständigung unter sich und mit der Regierung finden werden, allein außerordentliche Schwierigkeiten wird es bereiten, und was schließlich von beiden Seiten zugestanden werden wird, läßt sich noch von Ferne nicht voraussehen. Was aber auch, etwa mit Hilfe eines von Rom aus auf die Polen geübten Druckes, Positives jetzt zu Stande kommen mag, daran ist nicht zu zweifeln, daß damit nur ein Auskunftsmitteilung und ein Nothbehelf für den Augenblick gegeben ist, keineswegs eine dauernde Lösung. Die organische Revision der Maigesetze wird jetzt vielfach verlangt, von manchen Seiten wohl ohne daß man sich's allzu großes Nachdenken hätte kosten lassen. Es hat übrigens damit noch gute Wege; die Übereinstimmung in der Forderung der organischen Revision will nicht viel besagen. Sowie die Parteien daran gehen werden, diese allgemeine Forderung in bestimmt positive Einzelvorschläge umzufügen, wird sich zeigen, wie himmelweit verschiedenen eine konservative, eine klerikale, eine liberale Revision von einander abweichen. Auf alle Fälle würden wir es als eine der wertvollsten Früchte der gegenwärtigen Verhandlungen betrachten, wenn über Inhalt und Umfang dessen, was von verschiedenen Seiten gefordert und zugestanden wird, Bestimmtheit und Klarheit verbreitet würde. — Die Generaldebatte kann natürlich über eine ganz allgemein gehaltene Darlegung der Anschauungen und Grundsätze nicht hinausgehen; der Schwerpunkt der eigentlichen Verhandlungen wird in der einzusehenden Kommission liegen. Wir sind gespannt, ob es bei der weiteren Arbeit den Konservativen und der Regierung gelingen wird, die Ansprüche des Zentrums zu reduzieren. Es sprach wieder viel Überhebung, Trost und Zuversicht aus den Reden Schorlemers und Windhorsts; geradezu empörend war die gehässige Weise, in welcher der Eintritt Falts in den Justizdienst von den klerikalen Parteiührern beprochen wurde. Einen unverhüllteren Haß, als er in einem ultramontanen Herzen wuchert, giebt es eben nicht. — Ein dürftiges, nach keiner Seite befriedigendes Gesetz, ähnlich wie das vom Jahr 1880, wird schließlich vielleicht zu Stande kommen. Zu einem aufrichtigen Friedensschluß, so giebt die „N. L. C.“ den Eindruck wieder, den ihr die gestrige Debatte im Abgeordnetenhaus hinterlassen, können wir die Bedingungen und die geeigneten Stimmungen noch nicht wahrnehmen, am wenigsten beim Zentrum, und für die Hoffnungen des Kultusministers, daß man beim Papst und bei den deutschen Kirchenfürsten mehr Entgegenkommen und Friedensliebe finden werde als bei den parlamentarischen Vorkämpfern des Ultramontanismus. — Hält es doch auch noch sehr an sichern Anhaltspunkten.

In unserem gestrigen Leitartikel haben wir darauf hingewiesen, welch verdächtige Gesellschaft sich das Friedensbedürfnis der Regierung Rom gegenüber zu Nutz zu machen sucht. Heute möge ein Hinweis auf die Thatsache folgen, daß mit dem Zurückweichen der Regierung vor den vatikanischen Prätenzonen auch die Reaktion auf evangelisch-katholischem Gebiet und auf dem Boden der Schule in's Kraut zu schwiegen beginnt. Auf der ganzen Linie der kirchlichen Reaktion findet gegenwärtig — und das wird unserer Meinung nach nicht genügend beachtet — ein Ansturm gegen die Falt'schen „Allgemeinen Bestimmungen“ und das Bestreben statt, die Schule wieder auf den Standpunkt der Stiehlschen Regulative herabzudrücken. Der erste Anlauf galt der Vorschrift der „Bestimmungen“: „Die Erklärung des vierten und fünften Hauptstücks bleibt dem Konfirmandenunterricht überlassen.“ Neuerdings wird die Forderung gestellt, daß jeder Schultag mit einer Religionsstunde beginnen müsse, woraus dann der Schluß gezogen wird, daß wöchentlich sechs Religionsstunden nötig seien. Von den Freunden der „Allgemeinen Bestimmungen“ wird, um dem Verlangen entgegenzukommen, bereits nachgegeben, daß die drei Stunden in sechs halbe Stunden zerlegt werden könnten, worauf es den Angreifern natürlich durchaus nicht ankommt. Dann wird getadelt, daß die Perikopen durch die „Allgemeinen Bestimmungen“ in ihrer kirchlichen Bedeutung nicht genug Anerkennung finden, d. h. dieselben sollen wieder wörlisch auswendig gelernt werden, wie früher. Dass der Ansturm der Orthodoxen gegen die Falt'schen „Allgemeinen Bestimmungen“ in neuester Zeit mit besonderem Eifer unternommen worden ist, ist nicht zu verwundern, wenn man weiß, daß derselbe von einem Manne wie Herr General-Superintendent Dr. Kögel unterstützt findet. Derselbe hat vor kurzer Zeit eine sogenannte

„General-Kirchen- und Schulvisitation“ in der Superintendentur Putlitz geleitet und nach der Beendigung derselben seine Wahrnehmungen in längerer Rede kundgethan, in welcher er in Bezug auf den Religionsunterricht vielerlei zu tadeln fand, z. B. daß in einigen Schulen die Kinder die Bedeutung der Namen „Jehova“ und „Immanuel“ nicht gekannt hätten. Sein Urtheil fasste er zum Schluss dahin zusammen: „Die schwachen Erfolge des Religionsunterrichts wären vielleicht eine Folge davon, daß der Stoff und die zugemessene Zeit wohl etwas zu knapp bemessen wären.“ Nach ihm nahm Herr Regierungs- und Schulrat Menges das Wort, als direkter Vorgesetzter der Lehrer, wie er betonte; er meinte zwar, daß er in alledem, was der Herr Generalsuperintendent getadelt, mit ihm völlig übereinstimme; aber im weiteren Verlauf seiner Rede belehrte er erfreulicher Weise Herrn Dr. Kögel nach dem Berichte eines Theilnehmers in der „Preuß. Lehrerztg.“ doch, daß der Stoff, den die „Allgemeinen Bestimmungen“ für den Religionsunterricht vorschreiben, völlig ausreichend sei; auch die für den Religionsunterricht festgesetzte Zeit sei ausreichend, das vorgeschriebene Ziel zu erreichen. Drei Superintendenten aber, die zu der Visitationsskommission gehörten, hatten den Herrn Generalsuperintendenten verstanden; sie sagten, daß immer noch nicht die Zeit der Regulative da sei mit den sechs Religionsstunden wöchentlich, den wörlisch auswendig gelernten Perikopen, den vielen hundert Kernsprüchen und Kirchenliedern, und meinten, erst wenn diese Zeit wiederkehre, werde man dem Volke die Religion wiedergegeben haben. — Von diesen „General-Kirchen- und Schul-Visitationen“, welche unter der Regide des Herrn General-Superintendenten Dr. Kögel in allen preußischen Provinzen einzuführen versucht werden sollen, scheint sich unsere Orthodoxie für die Befestigung der kirchlichen Reaktion besonders viel zu versprechen. In der letzten „Kirchlichen Rundschau“, welche die „Kreuztg.“ vierteljährlich bringt, wurde Herr Konstistorial-Präsident Ballhorn in Königsberg dafür bitter getadelt, weil er auf der Provinzialsynode gesagt haben soll, daß in Ost- und Westpreußen (wo die Orthodoxie nicht die Majorität in der Synode hat) kirchliches Leben genug vorhanden sei und man besonderer General-Visitationen nicht bedürfe.

## Canossa.

Die von uns angekündigte, den kirchenpolitischen Kampf behandelnde Broschüre „Canossa“ erörtert nicht sowohl die jetzt landläufige Frage, ob wir auf dem Wege nach Canossa sind, sondern gibt einen geschichtlichen Überblick über die kirchenpolitischen Zustände Deutschlands und in den Nachbarländern, welche vor den sogenannten Maigesetzen bestanden und deren Vererzung waren, teilt dann den Inhalt der gesamten sogenannten Maigesetzung in Preußen und im deutschen Reich mit und knüpft daran eine lebendige Darlegung des Kulturmarsches bis zum Schluß des Jahres 1881. Enthält somit die Schrift, wie z. B. die „Magdeb. Ztg.“ hervorhebt, vielleicht nicht viel Neues, so muß man doch, wie dasselbe Blatt zugibt, dem Verfasser, einem langjährigen Mitgliede der nationalliberalen Partei des preußischen Abgeordnetenhauses, Just.-R. Göttling, dankbar sein gerade für die hier gelieferte Zusammenstellung und geschichtliche Darstellung alles dessen, was die auf unbeschränkte Herrschaft ausgehende römische Hierarchie in allen Ländern, und insbesondere in Deutschland mit Hilfe des „deutschen“ Ultramontanismus gegen den Staat gesündigt hat. Ein ganz besonderer Vorzug der Arbeit ist aber, daß sie den lediglich theoretisirenden Ton verläßt und auf den festen Boden des nackten Thatsächlichen aufbaut, so daß jeder die Nichtigkeit der nachfolgenden Deduktionen, Schlüsse und Vorschläge selbst prüfen kann. Vor Allem war es an der Zeit, den Inhalt der gesamten Maigesetzung, die sich über den Zeitraum von zwei Jahren in Preußen und im Reich ausdehnt, einmal wieder in Erinnerung zu bringen. Denn wie viele oder wie wenige Menschen giebt es wohl in Deutschland, die diesen Inhalt genau kennen, und doch leidenschaftlich gegen die Gesetze kämpfen? Dieser Inhalt ist hier auf fünf Seiten in knapper Form mitgetheilt, und danach wird gewiß Mancher, der ihn zuerst genau kennen lernt oder sich wieder vergegenwärtigt, staunen, daß darüber ein so erbitterter Kampf entstehen und trotz der verheerenden Folgen gerade für die katholischen Gemeinden bis auf den heutigen Tag von der römischen Kurie fortgesetzt werden konnte.

Der Kernpunkt der Maigesetzung ist die nationale und akademische Bildung des Klerus, in dessen Händen die Volkserziehung zum großen Theile, ja für die katholische Bevölkerung fast ausschließlich liegt. Zur Verbeiführung einer akademischen, d. h. wissenschaftlich-sittlichen Vorbildung des Klerus ist in den Maigesetzen das Studium auf einer deutschen Universität oder auf einem staatlich genehmigten Priester-Seminar und danach das Bestehen einer Staatsprüfung absolut vorgeschrieben. Wie nothwendig diese Vorschrift war, das sehen wir aus den Mittheilungen über das Lehrbuch der Moraltheologie des Jesuiten Gurn, welches auf einer großen Anzahl außerpreußischer und preußischer (bis dahin nicht unter spezieller Staatsaufsicht stehender) Priester-Seminare im Gebrauch war, auf denen ein großer, ja wohl der weitaus größte Theil unserer angehenden Priester erzogen wurde. Diese Mittheilungen enthalten ein Studium moral, vor welchem jeder schaufen muss, einen moralischen Abgrund, aus dem das deutsche Volk herauszuführen die Maigesetzung bestimmt war. Aber die Seminare wurden lieber geschlossen, ehe sich die römische Hierarchie eine Einsicht des Staates in ihr inneres Treiben gefallen lassen wollte, und ihre Jünglinge wurden auf außerpreußische, ja außerdeutsche Priesterseminare geschickt.

Geraade hierdurch, so wird in der Schrift weiter ausgeführt, wurden dann die dort gebildeten jungen Geistlichen unsäglich gemacht, in Preußen ein geistliches Amt zu bekleiden, wodurch dann wieder die Pfarreien verwaisten und derjenige Notstand für die katholische Bevölkerung eintreten mußte, welcher nunmehr mit den gütigsten An-

Leiterate 20 Pf. die schriftgefasste Postzelle oder deren Raum, Postkarten verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

Annahme-Bureau.  
In Berlin, Breslau,  
Dresden, Frankfurt a. M.,  
Hamburg, Leipzig, München,  
Stettin, Stuttgart, Wien;  
bei G. L. Paape & Co.,  
Haasenstein & Vogler,  
Rudolph Mosse.  
In Berlin, Dresden, Görlitz  
beim „Invalidendank“.

1882.

feindungen der Regierung wie der Volksvertretung zum Vorwurf gemacht wird, mit der kategorischen Forderung — und zwar als einer Rechtsforderung der katholischen Kirche — diesem Notstande abzuhelfen, — durch Aufhebung der Maigesetze. Der Nachweis der logischen Verfehltheit und der rechtlichen Grundlosigkeit dieser Folgerung und Forderung deckt sich mit dem Nachweis der Notwendigkeit der Maigesetzung für Preußen. Wie sehr dies hinsichtlich der nationalen Vorbildung des Klerus zu trifft, wird an der Feindschaft Roms gegen den aufseimenden preußischen Staat, als Schutz und Trutz des Protestantismus, und gegen die Hohenzollern, die es wagten, sich selbst eine Königskrone auf ihr „Festes“ Haupt zu drücken, nachgewiesen, eine Feindschaft, die sich natürlich gegen das junge deutsche Reich unter dem hohenzollern'schen Kaiserhause mit einem Zerstörungstrieb übertrug, der sich sofort in der Bildung der Zentrumpartei manifestierte und alljährlich bei der Sedanfeier demonstrativ zeigt.

In der Broschüre werden auch die beiden prinzipiellen Fragen vom Ungehorsam gegen solche Gesetze, welche angeblich gegen das Gewissen einzelner Klassen von Staatsbürgern sind, und vom Erlaubtsein des sog. passiven Widerstandes nochmals kurz erörtert, und unter den so an der Hand der Thatachen gefundene Gesichtspunkte werden dann sowohl die beiden Anträge des Zentrumsführers Windhorst vom Jahre 1880 über die Freigabe des Messfeierns und des Spendens der Sterbesakramente, wie über die Aufhebung des sog. Brotfördergesetzes, als auch die kirchenpolitische Vorlage vom Jahre 1880 über die Änderung der Maigesetzung einer ausführlichen Erörterung unterzogen, welche zu dem Schluß einer völligen Unannehmbarkeit sowohl jener beiden Anträge wie der von der Regierung geforderten diskretionären Gewalten gelangt.

Aus dem Mitgetheilten ergiebt sich, daß der Inhalt der besprochenen Broschüre ein sehr reichhaltiger ist. Dieselbe dürfte aber auch wegen der geschichtlichen und fürturgeschichtlichen Anknüpfungen und der Mitteilung des thatächlichen Materials zur Beurtheilung der Frage: ob die Fall'sche Gefüge über eine akademische und nationale Vorbildung des Klerus motivirt oder eine frivole Bedrückung der Katholiken war, nicht zu den ephemeren Preherzeugnissen zu rechnen, sondern von bleibendem Werthe sein. Und doch liegt, wie die „Magd. Ztg.“ mit Recht sagt, ihr Hauptverdienst auf einer ganz anderen Seite. Es ist eine erquickende Stimme, die endlich einmal wieder erschallt in der Zerfahrenheit der Gegenwart, wo man fast auf der ganzen Linie ein schmäliches Zurückweichen sieht, sei es, weil man nur wegen des gnädigen Zunduns von oben so tapfer gegen Rom kämpfte, sei es, weil man für diese Fragen überhaupt kein klares Verständniß und kein warmes Herz hatte. Es ist ein frischer, unbeugamer Geist, der uns anweht, und der uns trotz aller schonungslos aufgedekten Bedenken doch, wenn auch nur stillschweigend, implizit die Zuversicht gibt, daß der preußische Staat nicht nach Canossa gehen wird und kann.

Desfalls wird diese schätzungsreiche Arbeit ein Mahnmal an unsere Abgeordneten sein, fest zu stehen und nicht durch Nachgiebigkeit und Schwäche das deutsche Volk irre zu führen; wir empfehlen daher Allen, die sich für die Kulturfrage und deren Lösung interessieren, diese Flugschrift zur Lektüre und Beachtung.

## Die Rückkehr in's Mittelalter.

Die „Kreuzzeitung“ setzt ihre orientirenden Betrachtungen, wie der † † † moderne † † † Staat wieder in die mittelalterliche Schablone gepreßt werden könnte, heute fort. Sie schreibt:

„Eine weitere gesunde Korporation hatten wir in den Zünften, in den alten Innungen. Gewiß hatte sich manches Verkehrs angelegt an den ursprünglich richtigen Kern. Man hätte die falschen Auswüchse entfernen können. Weil der Bopf, der sich freilich oft in unangenehmer Weise bei den Innungen zeigte, als ein Geheimnis für die Entwicklung des Handwerks erschien, hat man die Innungen selbst aufgehoben und damit diese hochbedeutenden Korporationen in lauter einzelne Individuen aufgelöst. Die Gewerbefreiheit hat den Auflösungsprozeß vollendet. Die Folgen liegen zu Tage. Der ehrenwerthe Stand selbständiger Handwerkerv verschwindet mehr und mehr; die Handwerkunft ist gesunken; die Solidität der Arbeit hat abgenommen; der sittliche Halt, den die Innung dem Meister, wie dem Gesellen und Lehrling gab, ist dahin. Der Gemeinstift ist verschwunden, jeder sucht für sich den größtmöglichen Vorteil. Die von Alters her so viel gerühmte Ehrenhaftigkeit und Tüchtigkeit des deutschen Handwerks hat einen harten Stoß bekommen. Es ist ein großes Glück, daß gerade unter unserem Handwerkerstande die Erkenntniß lebendig erwacht ist, daß es so nicht fortgehen kann. Man hat es da und dort versucht, durch freie Genossenschaften zu folgen, den Segen, den die Innungen brachten, wieder zu gewinnen. Aber damit kommen wir offenbar nicht weit. Gerade die, welchen die Zucht und der sittliche Halt der Innung am meisten Noth thut, halten sich natürlich fern von solchen freiwilligen Genossenschaften. Mehr und mehr bricht sich unter dem Handwerkerstande selbst die Überzeugung Bahn, daß ihm nur durch obligatorische Innungen geholfen werden kann. Noch scheuen viele vor dem Wort obligatorisch zurück und werden wild wie die Truthähne beim Anblick der rothen Farbe. Aber das wird sich schon geben. Wie viele Dinge sind obligatorisch in der Welt, besonders in den Kreisen der Beamten; ohne einen gewissen Zwang läßt sich vieles gar nicht erreichen. Die menschliche Natur ist keineswegs so gut, wie der Liberalismus sie gerne ansieht; sie bedarf der Zucht, der Leitung und oft des Zwanges. (Die brave „Kreuzzeitung“ vergibt freilich, daß diese Zucht, diese Leitung und dieser Zwang auch nur von Menschen ausgeübt würde, deren Natur — nach der „Kreuzzeitung“ — „keineswegs so gut“ ist. Eben deswegen aber bestimmt sich jeder vernünftige Mensch dreimal, ehe er seine Freiheit der Zucht, der Leitung und dem Zwang eines andern Menschen unterstellt, namentlich wenn derselbe nach dem Herzen der „Kreuztg.“ ist. D. Ned. der „Bop. Ztg.“) Also: obligatorische Innungen, das ist unser Wunsch und wir zweifeln nicht, daß dieselben zum Heile des Handwerkerstandes dienen werden. — Ebenso sollten auch in anderen Ständen sich vorrangige Genossenschaften bilden. Einen verheizungswerten Anfang erkennen wir in den westfälischen Bauern-Vereinen, die bereits eine sehr bedeutende Ausdehnung gewonnen haben. Wie hochnöthig für unser Vaterland die Erhaltung eines kräftigen, wohlhabenden Bauernstandes ist, das bedarf keines Nachweises. Die moderne Gefüge hat auch hier aufzuhören gewirkt, und es ist hohe Zeit,

dass dem entgegentreten werden. Möchten sich überall Bauern-Vereine bilden zur korporativen Vertretung der Interessen des bäuerlichen Grundbesitzes. — Wir sehen nicht ein, warum sich nicht auch sonst Korporationen zur Wahrung gemeinsamer Interessen bilden sollten. Für besonders nothwendig halten wir die Bildung von Arbeiter-Korporationen. Der Begriff: Arbeiter ist ein Produkt der neueren Zeit. Die erstaunlich entwickelte Industrie hat erst diesen Begriff geschaffen. Ein Bestreben, Korporationen zu bilden, giebt sich ja genugsam unter den Arbeitern und, freilich leider oft in verfehlter Weise. Aber die Berechtigung und die Nothwendigkeit korporativer Ordnungen im Arbeitervolk wird niemand bestreiten können. Die Regierung sollte hier leitend und mit schöpferischen Gedanken eingreifen und gesunde Arbeiter-Verbände, insbesondere zu gegenseitiger Hülfe und Unterstützung, anregen und fördern. Das korporative Leben hat eine mächtig erziehende Kraft; es bietet mancher schlummernden Anlage Gelegenheit zur gesunden Entwicklung; es schützt die Schwachen und sichert den hervorragenden Kräften einen legitimen Einfluss. Wir verkennt nicht, dass es eine unendlich schwere Aufgabe ist, das korporative Leben zu organisieren, nachdem man alle vorhandenen Korporationen aufgelöst hat. Solche Dinge machen sich nicht über Nacht. Man kann sie auch nicht einfach dekretieren. Sie müssen nach und nach organisch wachsen. Das will Zeit haben. Aber man kann mängeln und anbahnen, man kann die ersten Keime legen, aus denen das organische Leben hervornässt. Ein auch gegliedertes korporatives Leben bietet uns dann eine sichere Grundlage dar für den weiteren Aufbau. Damit sind uns die rechten Fundamente gegeben zu einer gesunden Wahlordnung; denn das unsere gegenwärtige ganz mechanische Koprozahl-Wahlordnung die denkbare schlechteste ist, bezweifelt kaum noch jemand. Wenn das ganze Volk freilich so atomisiert ist, wie der Liberalismus das zu Stande gebracht hat, kann man keine andere Wahlordnung einführen. — Auf die korporative Organisation stützt sich ferner eine gesunde Selbstverwaltung. Wo die Korporationen fehlen, da ist eine ernste Selbstverwaltung nicht möglich, und sehr natürlich wird es in unserer Zeit d. mit oft übertrieben, so dass die Bedeutung des Staates, als der höchsten irischen Korporation, manchmal Schaden leidet. — Durch ernste Korporationen kann eine gesunde Interessen-Vertretung angebahnt werden, und das es daran sehr fehlt, wird kaum jemand läugnen wollen. — Auch für die sozialen Pläne zum Wohle der Arbeiter, die jetzt in den Vordergrund getreten, sind korporative Aenderungen nothwendig, wie das Bismarck so wahr und gut betont. — Wir sehen also der mechanischen Atomisierung des Liberalismus die organische Korporation entgegen. Die letztere überall zu begründen und zu fördern, wo es geht, an die alten Ordnungen anknüpfend, oder wo die neuen Verhältnisse das erfordern, neu schaffend, das ist eine der größten Aufgaben der konservativen Partei. Einen kleinen Beitrag zu dieser Arbeit möchten wir in diesen Zeilen liefern."

Geht man dieser schillernden Phraseologie näher zu Leibe, so findet man alsbald, dass der Verfasser uns lediglich in den mittelalterlichen, si ändisch gegliederten Staat zurückzuschmeicheln möchte, aus dem uns die bei Jena und in Folge der dortigen Katastrophe gemachten Erfahrungen spät genug erst herausgeholt haben. Dass der ganze Ideengang der "Kreuz-Zeitung", soweit er mit den Gemeinden und deren „neuer Organisation“ sich beschäftigt und gegen die Freiheitlichkeit sich richtet, zugleich dem Partikularismus in bedenklichster Weise und zum Schaden des Reiches in die Hände arbeitet, liegt so sehr auf der Hand, dass es einer weitere Ausführung nicht bedarf.

## Deutschland.

■ Berlin, 8. Februar. Die heutige, nicht zu Ende gebrachte erste Berathung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend „Abänderungen der kirchenpolitischen Gesetze“, im Abgeordnetenhaus verhalf nach der Verlosung der Rednerliste keinem einzigen Liberalen zu Wort. Es sprachen außer dem Minister v. Gosler die Deutschkonservativen Holz (strengher orthodoyer Altconservativer) und Graf Limburg-Stirum (einstmals neuconservativer begeisterter Anhänger Falck's und der Maigesetze), der freikonservative Landesdirektor der Provinz Sachsen Graf Wingenrode, der Pole v. Stablewski, und vom Zentrum Frei-

herr von Schorlemmer-Alst und Windthorst. Der Kultusminister sprach flug und geschickt, ohne mit seinen recht allgemein gehaltenen und künftigen Entschließungen nicht präjudizirlichen Ausführungen großen Eindruck zu machen. Auffallend war der Eifer, wie er, genau übereinstimmend mit dem Reichskanzler, den Polen die Hauptschuld an der Heftigkeit des Kulturkampfes beizumessen versuchte. Die beiden Zentrumsredner vertraten, wie man im Vorauß wußte, die Ablehnung des Gesetzes, Schorlemmer schroffer als Windthorst, aber beide betonten, dass sie einem Abkommen in Rom sich unbedingt unterwerfen würden, in solcher Weise, dass man daraus schließen könnte, das Zentrum hoffe ein ihm günstiges Abkommen zwischen der preußischen Regierung und dem Papste bald zu erleben. Gegen den Versuch, den polnischen Katholiken die Hauptverantwortlichkeit aufzuladen, traten beide ebenso wie der polnische Redner mit großer Entschiedenheit ein. Windthorst gab der Zustimmung des Reichstages zu dem Antrag Windthorst die Deutung eines Verdicts der deutschen Nation für Beendigung des Kulturkampfes. Von den konservativen Rednern ist keine standhafte Opposition gegen das Gesetz zu erwarten; der Abg. Holz sieht es freilich nur als Notbehelf an und will es nur annehmen, wenn es auf Zeit gegeben wird, aber es wird nur ein kleiner Theil der Konservativen sein, der mit ihm geht. Alle drei liberalen Fraktionen haben beschlossen, gegen das Gesetz, wie überhaupt gegen Ertheilung diskretionärer Vollmachten an die Regierung, zu stimmen. Zu Wort kommen morgen jedenfalls zwei fortschrittliche Redner Birchow und Richter. Die Fortschrittspartei hat sich in zwei langen Fraktionsitzungen nicht bloss mit diesem Gesetzentwurf, sondern mit der Frage der Revision der Maigesetze eingehend beschäftigt und eine volle Einsicht aller Mitglieder über die wesentlichen Gesichtspunkte, und sogar über solche spezielle Vorschläge zur Änderung der Maigesetze erzielt, die für den Fall, dass es bei der Berathung der demnächst einzusehenden Kommission oder später opportunit erscheinen sollte, als Amendements oder selbständige Anträge der Fraktion eingebracht werden sollen. Diese erzielte Einigung der fortschrittlichen Fraktion wird für diejenigen nicht überraschend sein, die sich der Reichstagsverhandlungen über den Antrag Windthorst erinnern; aus den dabei von Birchow und Richter Namens der großen Mehrheit der Reichstagsfraktion (49) und von Hänkel Namens der Minderheit (10) gehaltenen Reden ergab sich, dass die Differenz über jenen Antrag mehr taktischer Art war, dass die gesammte Fraktion namentlich die preußische Maigesetzung für revisionsbedürftig und in gewissen Einzelbestimmungen nicht mehr aufrechtzuerhalten erachtete, andererseits aber auch die Nothwendigkeit anerkannte, einzelne wesentliche Kernpunkte jener Gesetzung stetig aufrechtzuerhalten. Die Landtagsfraktion — unter deren 37 Mitgliedern 14 auch dem Reichstage angehören, hat sich nun der ihr obliegenden Arbeit unterzogen und berathen, welche Bestimmungen der Maigesetzung aufrechtzuerhalten, und welche fallen zu lassen seien. Wenn alle Parteien in gleicher Weise verfahren, so würde bald höhere Klarheit über die Frage geschaffen werden, auf welche Weise der Kulturkampf zu beenden sei.

Wie die „N. Z.“ hört, ist der Finanzminister Bitter bereit, in der Budgetkommission nähere Mittheilungen darüber zu machen, wie sich die finanziellen Verhältnisse des laufenden Etatsjahrs gestalten und welcher Überschuss in demselben zu erwarten steht. Bekanntlich ist vom Abgeordneten Richter eine bezügliche Interpellation eingebracht worden.

Bei der Debatte über die Etatsposition, betr. das Gehalt

eines preußischen Gesandten beim Vatikan will das Zentrum, wie verlautet, beantragen, dass nicht eine preußische, sondern eine deutsche Gesandtschaft eingerichtet werde. Man glaubt, Fürst Bismarck werde bei dieser Gelegenheit sich bei der Debatte beteiligen.

Die „Lib. Korresp.“ schreibt: „Die Liberalen Vereinigung hat dieser Tage eine Versammlung abgehalten, in welcher über die kirchenpolitische Vorlage verhandelt wurde. Es ist zwar richtig, dass darin das System der diskretionären Vollmachten keine Fürsprache fand, auch dass zugleich die gesamte kirchenpolitische Lage zur Besprechung gelangte; was aber sonst über diese Versammlung in der Presse mitgetheilt wurde, ist theils unrichtig, theils unvollständig.“

Der Gesetzentwurf, betr. die Erhebung der Hundesteuer, dessen wesentliche Bestimmungen wir in Nr. 95 mitgetheilt haben, ist durch eine Petition des hiesigen Magistrats an das Abgeordnetenhaus hervorgerufen worden. Aus Veranlassung derselben wurde am 16. Februar v. J. die Regierung ersucht, dem Landtag den Entwurf eines Gesetzes vorlegen zu wollen, durch welches der in der Kabinets-Ordre vom 29. April 1829 festgesetzte Höchstbetrag von 9 Mark auf einen höheren Betrag normirt werde, welcher „der seitdem eingetretenen Erwerbung des Geldes und der durch das Wachsthum der Stadt vergrößerten Gefahr der Tollwut entspricht.“ Die Regierung hat aber geglaubt, sich nicht auf eine Abänderung der oben erwähnten Kabinetsordre beschränken, sondern die Gelegenheit zu einer einheitlichen Regelung der Angelegenheit und zur Beseitigung der namentlich in den neuen Landestheilen bestehenden, zum Theil noch weiter gehenden Beschränkungen benutzen zu sollen. Der Gesetzentwurf will die Hundesteuer zu einer Kreissteuer machen, während sie bisher in den acht alten Provinzen ausschließlich und in den übrigen Landestheilen, so weit sie besteht, fast ausschließlich als Gemeindesteuer erhoben wird. Begründet wird die Erhebung als Kreissteuer damit, dass die Bezirke der Einzelmelden, um die gleichmäßige Regelung an sich gleichartiger Verhältnisse und eine einheitliche Kontrolle zu sichern, sowie die Berücksichtigung wesentlicher lokaler Verschiedenheiten zu ermöglichen, zu eng, die Provinzialbezirke zu weit, dagegen die Kreise „zur Wahrnehmung der in Frage kommenden Befugnisse im Allgemeinen vorzugsweise geeignet“ erscheinen. Den Orten mit mehr als 2000 Einwohnern soll allerdings das Recht gelassen werden, wenn der Kreis das Maximum nicht erhebt, einen Steuerzuschlag bis zum Höchstbetrag einzuführen, aber nur mit besonderer Genehmigung der Kommunalbehörde. Über die Verwendung der Steuern, soweit sie als Kreissteuern erhoben werden, soll die Kreisvertretung beschließen. Die Motive erwähnen zwar, dass die Provinzialbehörden und Provinziallandtage mehrfach die Ansicht geäußert hätten, nicht den Kreisen, sondern den einzelnen Gemeinden und Gutsbezirken die Verwendung der Erträge der Hundesteuer zu überlassen, doch hat man u. A. deshalb davon Abstand genommen, weil „die Gemeinden über die innerhalb des Gemeindebezirks aufgebrachten Hundesteuerbeträge in folcher Weise zu Gunsten der Steuerpflichtigen verfügen, dass letztere hierdurch für die Entrichtung der Hundesteuer entshädigt würden“, und weil in den Gutsbezirken „auf die betreffenden Gutsbesitzer eine Hundesteuer, die sie zu entrichten und dann selbst zu empfangen haben, die beabsichtigte Wirkung gänzlich verfehlt“ würde. Diese Motivierung ist gewiss zutreffend und man wird sich ihrer auch erinnern dürfen, wenn wiederum die Frage der Überweisung der Grund-

## Im Unglück stark.

Roman nach dem Englischen frei bearbeitet von G. Sternau.

(Nachdruck verboten.)

(22. Fortsetzung.)

Es war wirklich eine etwas beunruhigende Lage, in der sich das junge Mädchen befand, in einem fremden Hause, wo befreundliche Dinge vorgefallen und dessen Bewohner sicherlich etwas ungewöhnlich waren, auch bereute sie es jetzt aufrichtig, dass sie nach Weddercombe gekommen war, besonders aber, dass sie es unterlassen, die Thür ihres Zimmers zu verschließen. Sie war erschrocken, aber keineswegs so von Furcht besangen, dass sie sich alle Geistergeschichten, die sie je gehört, in das Gedächtniss zurückgerufen hätte, wie manche Andere unter ähnlichen Umständen gethan haben würd, sondern sie richtete sich auf und blickte unverwandt nach dem Spiegel.

Ja, es war richtig, der Spiegel war so aufgestellt, dass sich der ganze Gang und die Lampe desselben darin wiederspiegeln wie ein Gemälde. Aber was war das? Krampfhaft faschten ihre kleinen Hände die Bettdecke, als sie eine lange Gestalt in grauen, schleppenden Gewändern den Gang hinab auf die Lampe zugehend gewahrte.

Flora's erster Impuls war, zu schreien, aber sie besann sich und fragte klar und deutlich, aber nicht zu laut: „Wer ist da?“

Die Gestalt muste Flora's Worte vernommen haben, denn sie blieb wie überlegend einen Augenblick stehen und kehrte langsam, gemessenen Schritten wieder nach Flora's Zimmer zurück. Es war Mrs. Graves. Sie hatte einen langen Regenmantel übergeworfen, unter dessen herausgezogener Kapuze ihr gelbliches Gesicht und ihr herabhängendes graues Haar unheimlich hervorphanen. War sie wahnsinnig? Dr. Dimford hatte es gesagt. Oder wandte sie im Schlaf? Unter allen Umständen hielt Flora es für das Beste, sich niederknien und den Kopf unter die Decke zu stecken, denn der Anblick der alten Frau zu später Nachstunde erschreckte sie. Zum Schreien war noch immer Zeit, um im Falle der Noth Miss Shaldon zu Hilfe zu rufen; denn wenn sie auch sieben Achtel ihres Mutthes verloren hatte, war der Rest noch hinreichend, um sie ihre Besonnenheit bewahren zu lassen.

Mrs. Graves trat langsam in das Zimmer. Flora hörte ihren Schritt auf dem Teppich, und die schweren unregelmäßigen Athemzüge der alten Frau waren dicht an ihrem Ohr. Jetzt legte sich eine große, schwere Hand auf ihre Schulter.

„Sie riefen mich, Helene,“ sagte die tiefe, leise Stimme. „Können Sie diese Nacht keine Ruhe finden?“

„Nein,“ flüsterte Flora.

Es lag ihr nichts daran, sich aufzurichten und der Hausälterin zu erklären, dass sie sich in der Person irre; es war ihr nur darum zu thun, dass die alte Frau sie so schnell wie möglich von ihrer Gegenwart befreie.

„Ich habe sie so plötzlich geweckt, Sie schliefen so ruhig. Versuchen Sie, ob sie nicht bald wieder einschlafen können.“

„Ja,“ erwiderte Flora, als sie sah, dass Mrs. Graves auf eine Antwort wartete.

„Ich fühle mich wieder ganz wohl und kräftig, Liebe,“ flüsterte Mrs. Graves. „Sie brauchen nicht zu fürchten, dass ich so bald sterben werde. Ich hatte mich heute Nachmittag über Dernard aus jenen vergangenen Tagen, die für uns beide so wehevoll waren, heftig erschrocken. Es war mir, als sehe ich ein Gespenst. Ich sagte auch dem Doktor, dass der Anblick eines Geistes mich so erschüttert habe,“ fügte sie hinzu.

„Wirklich?“ murmelte Flora.

„Sie werden sich mit hundert schlimmen Vermuthungen plagen, wenn ich Ihnen nicht Alles sage; schaden kann er uns ja nicht, wir müssen uns beide nur einige Tage hübsch zu Hause halten, damit er uns nicht sieht und wieder erkennt. Unterlassen Sie morgen früh Ihren Spaziergang im Park, dann wird Alles gut gehen. Hier wird Niemand uns suchen.“

Wieder wartete sie auf Antwort, aber Flora schwieg. Am Liebsten hätte sie sich zu erkennen gegeben, aber dann wäre es vielleicht mit der alten Frau, die ärgerlich darüber hätte sein können, dass sie hier sei und jene sonderbaren Mittheilungen angehört hatte, zu einem Wortwechsel gekommen, den sie zu vermeiden wünschte. Außerdem war es ja auch möglich, dass Mrs. Graves gar nicht wach sei, sondern sich in einem somnambulen Zustande befand.

„Ich hatte keine Ruhe, ich musste sehen, ob Sie auch wirklich hier wären und nicht meinetwegen auffähen und sich um mich ängstigen. Suchen Sie wieder zu schlafen, Liebchen, und vergessen Sie nicht, morgen hübsch zu Hause zu bleiben. Es

war nicht Arthur, er wird sein Wort nicht brechen. Merrick, der Advokat war es, der Mann, der gegen Sie in Yorkshire so grausam ungerecht war und den wir nicht genug fürchten können.“

Flora's Herz pochte fast in hörbaren Schlägen, sie wagte es nicht, zu antworten, Alles kam ihr vor wie ein Traum.

„Sie ist wieder eingeschlafen,“ flüsterte Mrs. Graves vor sich hin, „ich habe sie gestört. Der Himmel schütze die Unschuldige vor ferneren Prüfungen! Sie hat deren genug für den Rest ihres elenden Lebens gehabt.“

Ein tiefer Seufzer folgte diesem kurzen Gebet, dann zog sie die Hand von Flora's Schulter und verließ mit leisen, langsamen Schritten das Zimmer, gleich einem von Unruhe gezeichneten Geiste.

## 14. Kapitel.

Ogleich Flora, gleich nachdem Mrs. Graves sie verlassen, die Thür ihres Zimmers verschlossen hatte, konnte sie keinen Schlaf finden. Es war so viel, was sie bestürzt machte und sie wach hielt. Ohne es zu wollen, war sie mit dem Geheimnisse von Miss Shaldon's Leben in Berührung gekommen, und wenn Mrs. Graves wahr und nicht im Schlaf gesprochen hatte, so war ihr Verlobter in dasselbe verflogen. Also auch Valentin hatte ein Geheimnis und verhehlte es ihr. Er hatte Helene Shaldon schon früher gekannt, und er hatte es ihr nicht gesagt; vielleicht hatte er sie vor einem Jahre geliebt. Es war eine bittere Erkenntniß für Flora Andison, vor deren weltlichem Skepticismus sie vierundzwanzig Stunden früher zurückgewichen wäre.

Es war Alles sehr befremdlich, aber wahrscheinlich würde Val ihr Aufklärung darüber geben.

Sie war sicher, dass er ihr Alles und jedes seiner Zeit mittheilen werde. Er hatte schon durchblicken lassen, dass es ihm nicht angenehm war, dass sie nach Weddercombe gehe. Vielleicht auch hatte Miss Shaldon Fehler und Mängel des Charakters, die sie später entdeckt würde, die Valentin Merrick aber schon bekannt waren. Vielleicht hatte er auch von je her eine persönliche Abneigung gegen Miss Shaldon gehegt. Das wäre ihr lieb gewesen, denn sie konnte den Gedanken nicht ertragen, dass Valentin jemals eine Andere geliebt haben könnte. Lieber alles Andere, nur das nicht.

(Fortsetzung folgt.)

neuer an die Gemeinden und Gutsbezirke an die preußische Regierung herantritt.

Nach dem dem Herrenhause zugegangenen Gesetzentwurf betr. die Abänderung des Pensionsgesetzes vom 27. März 1872 sollen dir in den Ruhestand tretenden Beamten von jetzt ab schon nach Vollendung des zehnten Dienstjahres  $\frac{1}{2}$  ihres etatsmäßigen Gehalts als Pension erhalten und diese mit jedem weiter zurückgelegten Dienstjahr um  $\frac{1}{10}$  steigen,  $\frac{1}{10}$  jedoch nicht überschreiten. Die Dienstzeit, welche vor dem Beginn des 21. Lebensjahres fällt, bleibt außer Berechnung. Ist die nach Maßgabe dieses Gesetzes bemessene Pension geringer als die Pension, welche dem Beamten hätte gewährt werden müssen, wenn er am 31. März 1872 nach den bis dahin für ihn geltenden Bestimmungen pensionirt worden wäre, so wird diese letztere Pension an Stelle der ersten bewilligt. Die Vorschriften dieses Gesetzes finden ausschließlich Anwendung auf unmittelbare Staatsbeamte und die in dem zweiten Absatz des § 6 des Pensionsgesetzes vom 27. März 1872 genannten Lehrer und Beamten. Das gegenwärtige Gesetz soll mit dem 1. April 1882 in Kraft treten. In der beigegebenen Begründung heißt es:

Zufolge des § 8 des bisherigen Pensionsgesetzes beträgt die Pension eines Beamten nach Vollendung des 10. Dienstjahrs  $\frac{1}{2}$  seines Diensteinkommens und steigt von da ab mit jedem weiter zurückgelegten Dienstjahr  $\frac{1}{10}$  dieses Einkommens, bis sie mit  $\frac{1}{2}$  desselben nach dem 50. Dienstjahr das Maximum erreicht. Der Eintritt der höheren Staatsbeamten in den Dienst erfolgt nur in seltenen Fällen vor dem 23. Lebensjahr. Dieselben können mithin meistens einen Anspruch auf Bewilligung des Höchstbetrages der Pension erst nach vollendetem 72. Lebensjahr erwerben. Nur wenige bevorzugte Natiere bewahren sich jedoch bis dahin die Frische, sonne die Energie der Initiative, welche für die höheren Amtsräte am wenigsten zu entbehren ist. Hierüber sich selbst zu täuschen, werden aber auch pflichttreue Beamte nur zu sehr geneigt sein, so lange sie bei ihrem Uebertritt in den Ruhestand nicht die Gewährung einer Pension zu erwarten haben, welche für ihren Lebensunterhalt und denjenigen ihrer Familien insoweit ausreichend ist und daß sie nicht in Folge des Ausscheidens aus dem Amt sich schweren Entbehrungen unterwerfen müssen. Letzteres ist bei der großen Mehrzahl aller Beamten der Fall, wenn ihre Pension noch irgend erheblich hinter dem Maximum zurückbleibt. Erfahrungsmäßig sind dieselben daher hauptsächlich aus diesem Grunde bestrebt, den Termin der Pensionierung weiter hinauszuschieben, als es im Interesse des Dienstes zulässig erscheint. Für die Subalternen und Unteramten ergeben sich ähnliche, wenn auch nicht so erhebliche Unzuträglichkeiten.

Einer Besprechung über die Realschulfrage, welche am Donnerstag hier stattgefunden, haben außer den berufenen Fachmännern eine erhebliche Zahl von Abgeordneten der liberalen Parteien und des Zentrums, auch Mitglieder des Reichstags beigewohnt. Es wurde vor Allem konstatiert, daß die Vorschläge des Herrn v. Gösler in fast allen Punkten identisch seien mit den unter der Leitung des Kultusministers Dr. Falz ausgearbeiteten. Der wesentliche Punkt ist die Verstärkung des lateinischen Unterrichts in den oberen Klassen der Realschulen erster Ordnung, indessen soll eine Erhöhung des Lehrziels nicht in Aussicht genommen sein. Bei der Abiturienten-Prüfung soll in Zukunft der englische Aufsatz durch eine Übersetzung ersetzt, also neben dem deutschen Aufsatz nur noch ein französischer erfordert werden. Dass in Ober-Sekunda die Chemie an die Stelle des naturbeschreibenden Unterrichts tritt, wird von keiner Seite beanstanden. Den Bedenken gegenüber, welche gegen die stärkere Betonung des Lateinischen erhoben wurden, trat Dr. Lasker mit der Darlegung entgegen, daß die Realschulen nicht umhin könnten, der in gebildeten Kreisen herrschenden Werthschätzung des Lateinischen Rechnung zu tragen, wenn sie den Kampf für die Gleichberechtigung mit den Gymnasien mit Erfolg führen wollten.

## Die Berliner Stadt-Eisenbahn.

Von Paul Lindau.

Berlin, 5. Februar.

Ein schöner, frischer, heller Wintertag. Der Himmel ist zwar verschleiert, aber nicht bewölkt, und der Schleier ist nicht so dicht, daß er die freundliche Wirkung des Sonnenlichtes gänzlich aufhöre. Ueber der ganzen Stadt liegt ein eigenthümliches Licht, das Goethe in einem seiner schönen Gedichten mit Nebelglanz bezeichnet, aber nicht der schwermuthige silberner Schimmer des Mondes, sondern der heitere goldige der Sonne, die wie ein feuriger rother Ball leuchtet, ohne zu blenden. Es ist ein Tag wie gemacht zur Bewegung im Freien und im Thiergarten, den wir eben durchschreiten, begegnen man daher verhältnismäßig zahlreichen Spaziergängern, die rüstig ausschreiten und vergnügt dreinschauen. Ein zarter Neif liegt auf allen Bäumen; es sieht so aus, als habe sich die Natur die Mühe gegeben, jeden einzelnen Zweig und die bescheidensten kleinen Verästungen mit ganz besonderer Sauberkeit glitzernd zu überziehen.

Unter Führung des Regierungs- und Bauraths Dirksen, der von Anfang an an der Spitze des großartigen Unternehmens der Berliner Stadtbahn gestanden hat, dürfen wir heute eine Probefahrt mitmachen.\*). Die kleine Gesellschaft, aus einigen der Ministerialbeamten und dem Präsidenten der Seehandlung, dem Wirkl. Geh. Oberregierungsrath Rötger bestehend, hat sich vollzählig und pünktlich mit dem Glockenschlage Elf an der Station Friedrichstraße zusammengefunden. Station Friedrichstraße — die Worte haben in den Ohren eines jeden richtigen Berliners zur Stunde noch einen neuen und eigenhümlichen Klang, aber nur wenige Wochen wird es dauern, und man wird sich mit dem Gedanken, daß man sich mitten in der Stadt in einen Eisenbahnwagen setzt, um in einigen Minuten am andern Ende derselben zu sein, vertraut gemacht haben und es ganz selbstverständlich finden. Einzelne sind in der großen Mehrheit der Berliner Einwohner noch die seltsamsten Auffassungen über den Zweck und die Bedeutung der Stadtbahn verbreitet. Viele bilden sich ein, daß die Stadtbahn gewissermaßen dazu bestimmt sei, den Pferdebahn, Dampfbusen und Droschen Konkurrenz zu machen. Das ist nicht oder doch nur in sehr geringem Maße der Fall. Für den Verkehr innerhalb der Stadt wird die Stadtbahn immer nur

Wie Kultusminister v. Gösler zu dieser Frage der Zulassung der Realschul-Abiturienten zum Universitätsstudium denkt, darüber liegt noch keinerlei Mitteilung vor; die Verhandlungen in der Budget-Kommission im Anschluß an die Forderung eines Dispositionsfonds von 29,000 Mark befuhr Einführung der revidirten Lehrpräme werden wohl auch darüber Aufschluß geben. Die Befürchtung, daß es den Wortführern des Gymnasiums, als der einzigen Vorbildung für die Universität, gelingen könnte, den Realschulabiturienten das Recht zum Studium der modernen Sprachen an der Universität wieder streitig zu machen, kann wohl als beseitigt betrachtet werden.

Dem Bundesrat ist eine Mitteilung in Bezug auf die im Reichshaushaltsetat für 1882/83 vorgesehene Beihilfe Deutschlands an internationale Polarkontrolle und Polarforschungen zugegangen. Der Reichskanzler hat im Einverständnis mit den Bundesregierungen eine Kommission von Fachgelehrten berufen und mit der Aufstellung des Entwurfs eines Planes und Kostenanschlags betraut. Diese Kommission hat nach erfolgter Verständigung über die Grundzüge des aufzustellenden Planes zunächst eine Geschäftsordnung entworfen, welche jetzt dem Bundesrat mit der Bitte um Beschleunigung zur Beschlussnahme vorgelegt wird. Nach dem Geschäftsordnungs-Entwurf soll die deutsche Polarkommission aus folgenden Mitgliedern bestehen: dem Professor Dr. Neumann, Direktor der deutschen Seewarte in Hamburg, als erstem Vorsitzenden, dem Kapitän z. S. Frhr. v. Schleinitz, Vorstand des Hydrographischen Amts der kaiserlichen Admiralität in Berlin, als zweitem Vorsitzenden, dem Prof. Dr. v. Bezzold, Direktor der königlich bairischen meteorologischen Zentralstation in München, dem Dr. Börgen, Vorstand des Observatoriums der kaiserlichen Marine in Wilhelmshaven, dem Prof. Dr. Förster, Direktor der königlichen Sternwarte in Berlin, dem Prof. Dr. Helmholz in Berlin, dem Dr. Nachigal, Vorstand der Gesellschaft für Erdkunde in Berlin, dem Dr. Schreiber, Dirigent des meteorologischen Büros für das Königreich Sachsen in Chemnitz, und dem Dr. Siemens in Berlin.

Nachdem der Reichstag die Kosten zur Beobachtung des Vorüberganges der Venus vor der Sonne im Jahre 1882 bewilligt, hat der Stellvertreter des Reichskanzlers jetzt dem Bundesrat den von der Kommission für die Beobachtung des Venusdurchgangs von 1874 vorgelegten Entwurf einer Geschäftsordnung für die mit der Organisation und Leitung des Unternehmens zu betreuende Kommission vorgelegt. Nach dem Antrag wird die Kommission durch Hinzufügung zweier neuer Mitglieder, nämlich des Professors an der Universität zu Berlin, designierten Direktors der Universitäts-Sternwarte zu Leipzig, Dr. Bruns, und des Direktors der Sternwarte zu Gotha, Dr. Seeliger, wieder auf die Zahl von 8 Mitgliedern gebracht. Die übrigen älteren Mitglieder der Kommission sind: der Astronom der preußischen Akademie der Wissenschaften, Professor Dr. Auwers in Berlin; der Direktor der königlichen Sternwarte in Berlin, Professor Dr. Förster; der Direktor der Seewarte in Hamburg, Rümker; der Direktor der Universitäts-Sternwarte in Bonn, Professor Dr. Schönfeld; der Professor der Universität in München, Dr. Seidel und der Direktor der Universitäts-Sternwarte in Straßburg, Professor Dr. Winnecke. Von den vorgeschlagenen Neuerungen des Statuts dürfte namentlich hervorzuheben sein, daß die Absicht besteht, diesmal für jede einzelne Expedition einen Gelehrten ausschließlich mit den erforderlichen Vollmachten auszustatten und dementsprechend vorzugsweise für die Durchführung der betreffenden Expedition verant-

wortlich zu machen, das übrige Personal aber seinen Anordnungen zu unterstellen; wenigstens hofft die Kommission, daß diesmal der bei der vorigen Veranlassung gewählte Notbehelf einer kollegialen Organisation der einzelnen Expeditionen, deren Bedenlichkeit und mindere Zweckmäßigkeit der Kommission auch damals nicht entgangen ist, wird vermieden werden können.

Auch die Handelskammer zu Hamburg hat jetzt auf die Verfügung des Fürsten Bismarck, betreffend die Deffentlichkeit der Sitzungen und die Abstaltung der Jahresberichte, eine ablehnende Erklärung abgegeben.

Nachdem die bekannten öffentlichen Erklärungen des früheren Landrats v. Benningse-Brandt und des Oberpräsidenten Steinmann erfolgt sind, ist nunmehr nach einer Mitteilung der "Lauen. Landeszeitg." eine öffentliche Erklärung des Kammergerichts Berling zu erwarten, welche die Beweggründe darlegen wird, die ihn zur Einstellung des strafrechtlichen Verfahrens gegen den Landrat wegen des Pamphlets veranlaßt haben. Eine größere Genugthuung konnte allerdings unter den obwaltenden Verhältnissen Herrn Berling nach den Erklärungen der vorgenannten beiden Beamten kaum noch zu Theil werden.

Durch die Befehlsverfügung des Kultusministers vom 28. Mai 1880 war die Aufmerksamkeit der Provinzialregierungen auf die Feiern folgender Art für arme, krankliche Schulinder gelenkt und denselben empfohlen worden, die etwa hervortretenden Bestrebungen für die Errichtung solcher Kolonien thunlich zu fördern. Der Minister wünscht jetzt zu erfahren, wie die Angelegenheit sich in den Provinzen inzwischen entwickelt hat, und hat die Regierungen angewiesen, darüber zu berichten.

Die hannoversche Scheusal-Controverse ist gelöst. Anstatt der Worte: "Ich bin ein Scheusal ohne dich" wird nach einem in dritter Lesung gefassten Beschuß gesetzt werden: "Ich bin voll Sünden ohne dich". Um dieses Zugehörniß ist die Zustimmung der beiden liberalen Dissidenten der Synode gewonnen worden.

## Frankreich.

Paris, 6. Februar. [Die Pläne der Gambettisten,] die Regierung in der Revisionsfrage zu stützen, sind, wie die "Köln. Bltg." meldet, in der heutigen Kammeröffnung vollständig gescheitert. Das Kabinett Freycinet hat sich für die Durchführung der Reformen verbürgt und darf jetzt vorwiegend auf längere Dauer zählen. In den diplomatischen Kreisen hat die staatsmännische Haltung, welche Freycinet in der Kammer bewiesen, große Zuversicht verbreitet. Man ist überzeugt, daß die Gambettistische Periode der Abenteurerei jetzt zu Ende ist.

[Die ministerielle Majorität] von 271 Deputirten, welche das Vertrauensvotum für das Kabinett am 6. d. beschloß, bestand ausschließlich aus Republikanern. Die Minorität von 61 Abgeordneten setzte sich aus Mitgliedern der äußersten Linken und der Rechten zusammen. Die 205 Stimmenenthaltungen gingen, nach der Ansicht der "National. Bltg.", zu vier Fünftel von Republikanern, meistens Gambettisten aus. Den Rest bildeten einige Deputirte der Rechten. Mehrere Deputirte wählten am 7. d. wegen Egyptens interpellirt. Freycinet hat aber gebeten, vorläufig und zwar für etwa 14 Tagen davon Abstand zu nehmen, da er wegen der schwierigen Unterhandlungen noch nicht antworten könne. Die Mehrheit, welche die Interpellation des Abgeordneten Granet bezüglich der Vergabe der Verfassungsrevision mit einem Vertrauensvotum beantwortete und zugleich der Zuversicht auf den festen Willen der Regierung, die geforderten

Werk zu legen; es wird noch gehämmert, gefeilt, gesägt, daß uns die Ohren dröhnen; und wie auf diesem Bahnhofe, so ist es überall, sowohl in den Empfangshallen wie in den Räumlichkeiten, welche zur Aufnahme der Reisenden, zur Förderung des Gepäckes u. s. w. bestimmt sind. Da wo die Arbeiten am weitesten vorgeschritten, sind weibliche Hände mit der gründlichen Reinigung beschäftigt, und so wird es noch wochenlang währen. Denn wenn es heißt, daß die Stadtbahn übermorgen der öffentlichen Benutzung übergeben werden soll, so ist dies nur in dem beschränkten Sinne auf den Binnenverkehr richtig. Der Anschluß der Stadtbahn an den Weltverkehr wird sich erst gegen Mitte Mai bewerkstelligen lassen.

Aber schon seit einigen Tagen fahren die leeren Wagen zur fahrplanmäßigen Zeit befändig hin und zurück. Es werden jetzt eben die Proben abgehalten, und morgen ist die Generalprobe, welcher der Kaiser selbst beiwohnen wird. Zum wie beim Theater, so wird auch hier die erste Vorstellung noch eine ganze Reihe von Überraschungen und Verwicklungen ergeben, deren sachliche Veranlassung selbst das aufmerksamste Auge des Sachkundigen bei den Proben zu entdecken nicht vermoht hat. Die neue Bahn bringt auch für das Publikum, das dieselbe benutzen soll, eine ganze Anzahl von Neuerungen. Die persönliche Bedienung bei den einzelnen Lokalzügen fehlt, die Thüren werden nicht von besonderen Schaffnern geöffnet und nicht geschlossen, die Reisenden nicht abgerufen, und da der Aufenthalt an den verschiedenen Stationen auf das kleinste Zeitmaß beschränkt worden ist, so ist für jeden, der die Bahn benutzt, die größte Eile geboten: schnell einsteigen, schnell abspringen, und beides da, wo es richtig ist.

Dass bei der Lebhaftigkeit des Verkehrs, der vorausgesetzt wird, um bei der Selbständigkeit, an welche die Fahrgäste bisher nicht gewöhnt waren, sich zunächst allerhand Unzulänglichkeiten zeigen werden, ist nicht zu bezweifeln. Der Zug wird abdampfen, ehe dieser hat aussteigen können, und jener wird der Lokomotive mit Verwunderung nachschnicken, die ihm vor der Nase mit dem Wagen davonschnaubt, in den einzusteigen er sich gerade anschicken wollte. Das muß eben gelernt werden, wie es die Amerikaner und Engländer längst gelernt haben, und auch wir etwas schwerfälligeren Deutschen werden durch die kleinen Schäden mit der Zeit gewiß klug werden. Heute verläuft noch alles gut, es geht ohne Gebränge ab, die Minute Aufenthalt genügt uns

eine untergeordnete Bedeutung haben. Der ganze westliche Theil der Stadt wird davon so gut wie gar nicht berührt. Nur diejenigen, die zufällig in der Nähe eines der Stadtbahnhöfe wohnen und die zufällig nach einem Punkte wollen, der in der Nähe eines anderen Bahnhofes liegt, werden diese Bahn mit Vortheil benutzen können. Im Großen und Ganzen wird der Verkehr innerhalb der Stadt wie bisher mit den alten Verkehrsmitteln bewerkstelligt werden. Die Hauptbedeutung der Stadtbahn liegt nach zwei Richtungen hin: erstens stellt sie die schnelle Verbindung der immer wichtiger werdenden Vororte mit der Hauptstadt her, und zweitens führt sie für den Verkehr von und nach außen Personen und Wagen unmittelbar nach einem jeden beliebigen Punkte der Stadt. Diese beiden Bestimmungen der Stadtbahn: der Binnenverkehr — worunter wir den Verkehr innerhalb der Stadt selbst wie der Vororte mit der Stadt durch Anschluß an die Ringbahn verstehen — und der Außenverkehr sind völlig geschieden; ein jeder hat seine besonderen Geleise und seine besonderen Räumlichkeiten für Absfahrt und Ankunft.

Es ergiebt sich daraus wie aus dem Umstände, daß der Sicherheit wegen von jeder Kreuzungsanlage abgesehen werden mußte, daß der Bahnhörper mit vier Gleisen von normaler Spurbreite bedeckt ist, von denen zwei dem Binnen- und zwei dem Weltverkehr überwiesen worden sind. Von der Errichtung monumentalier Prachtbauten wie der Lehrter und Anhalter Bahnhof hat man aus naheliegenden Gründen Abstand nehmen müssen; gleichwohl macht der Bahnhof in der Friedrichstraße einen angenehmen Eindruck. Wenn dem Wunsche nach monumentalier Schönheit nur in geringem Maße entsprochen werden konnte, so hat man um so mehr Wert auf die Vorzüglichkeit des Materials und die Tüchtigkeit der Arbeit gelegt. Die Maurerarbeiten werden von sachkundigen Leuten geradezu als Meisterwerke des Gewerbes gepriesen. Da in diesem Viertel jede Handbreit Grund und Boden Goldes wert ist, so hat man auch darauf verzichten müssen, vor dem Bahnhofsgebäude einen großen freien Platz zu schaffen, und nicht mehr Raum freigelegt, als zu bequemer An- und Abfahrt notwendig ist. Durch die bisher so stillen Neustädter Kirchstraße und die Georgenstraße, die im lebhaftesten Treiben des großstädtischen Lebens wie tot dalagen, gelangen wir zur Station. Wir steigen einige bequeme Treppen hinauf und sind nun oben auf dem breiten Perron. Hunderte von Arbeitern sind noch damit beschäftigt, die lekte Hand ans

\* Die Bahn ist bekanntlich seitdem eröffnet worden.

Reformen auszuführen, Ausdruck gab, stellt zwar nicht ganz die absolute Majorität in der Deputirtenkammer dar. Da es sich aber im vorliegenden Falle darum handelt, einen früheren Beschluss der Kammer gewissernachen für richtig zu erklären, darf man annehmen, daß das Kabinett Freycinet in anderen Fragen über eine ausgiebigeren Majorität verfügen wird.

[In der republikanischen Majorität,] der es bisher noch an jeder Disziplinierung gebracht haben sich zwei neue Gruppen gebildet. Nach der Absicht der Abgeordneten, welche zu einer Zusammenkunft eingeladen hatten und denen es darauf ankam, eine starke ministerielle Fraktion zu Stande zu bringen, war das allerdings eine Gruppe zu viel. Genug, es entstand zuerst unter der Regie der Abg. Langlois, de Marcere, Pierre Legrand, Margaine, Méline u. A. eine neue Gruppe, welche sich die Union démocratique nennt und in der man eine Fusion des linken Zentrums und der gemäßigten Linken erblicken kann. Die Mitglieder der alten republikanischen Union, also die eigentlichen Gambettisten, die in der Versammlung erschienen waren, konnten sich mit dem ihnen vorgelegten Programm, nach welchem die Partei „der Regierung ihre Aufgabe erleichtern und sie, wenn sie sich irrt, wohlwollend warnen sollte“, nicht befrieden; sie zogen sich also zurück und bildeten mit Waldeck-Rousseau, Caze, Marque, Dreyfus und anderen Gambettisten an der Spitze einen selbständigen Verband, welcher sich aufs Neue die Union républicaine nennt. Die Majorität besteht also jetzt aus vier Fraktionen: 1) Union démocratique, 2) Union républicaine, 3) Gauche radicale, 4) Extrême gauche. Die Union démocratique zählt vorläufig 80—90, die Union républicaine 30 Mitglieder.

### Rußland und Polen.

Petersburg, 5. Februar. [Über das Verhältniß Russlands zu Österreich] läßt sich der „Golos“ in folgender Weise vernehmen:

Die russische Politik muß mit allen Kräften die freundschaftlichen Beziehungen zum Nachbarstaate unterstützen und darf sich weder direkt noch indirekt in den herzogomisch-bosnischen Aufstand einmischen. Alle Sympathien oder Antipathien zu diesem oder jenem Volke müssen vergessen werden; der wirkliche Nutzen und die Wohlfahrt des russischen Volkes müssen der einzige leitende Faden unserer nationalen Politik sein. Und dieser Nutzen und diese Wohlfahrt machen es uns zur Pflicht, zu solchen Staaten, wie Österreich-Ungarn und Deutschland, die eine bestimmte Kraft und eine feste staatliche Organisation repräsentieren, gute Beziehungen zu erhalten.

Diese Worte, sagt die (deutsche) „St. Petersburger Zeitg.“, bilden den Kernpunkt des leider überlangen „Golos“-Artikels. In weiterer Begründung seiner These geht er zunächst ausführlich auf den letzten Orientkrieg ein und beweist aus dem Beispiel Serbiens, Bulgariens und Montenegros klarlich, daß wir uns mit Hekatomben von russischen Leichen und den schwersten materiellen Opfern wahrlich nicht den Dank der Stammesbrüder erworben haben. Dann aber geht der „Golos“ noch auf den Gebankengang ein, daß Österreich aus seiner Okkupationspolitik gar keine Segnungen, sondern schwere Opfer erwachsen. Bosnien und die Herzegowina waren ein Danaergeschenk. Die Bezeugung dieser beiden Provinzen, meint der „Golos“, war der Preis für die Freundschaft mit Deutschland. Zwei Motive, so führt der „Golos“ aus, lagen der Überlassung der Provinzen an Österreich zu Grunde: erstens der Wunsch, Österreich in der europäischen Türkei Russland entgegen zu stellen und die Gefahr eines engen Zusammenschlusses aller Slawenstaaten zu paralyzieren. Doch hat dieses Motiv seine Bedeutung verloren, da die Balkanstaaten gar nicht nach Russland gravitieren, keine sonderliche „Dankbarkeit“ beweisen und sich gar nicht von Russland leiten lassen möchten. Um so wichtiger ist das zweite Motiv:

Fürst Bismarck wünschte Österreich-Ungarn in einen slavischen oder Orientstaat umzuwandeln, damit es seine historische Rolle in Mitteleuropa vergäbe. Darum vertheidigte er die Okkupation auf dem Berliner Kongreß so energisch. Er wußte, daß Österreich dadurch auf Jahre hinaus schwere Aufgaben erhielte und die Ereignisse rechtfertigen diese Voraussicht. Auf lange Zeit hinaus könnte Österreich an der allgemeinen Politik keinen Theil nehmen. Unter solchen Umständen kann

Rußland nur ruhiger Zuschauer des Balkandramas sein, ohne sich irgendwie einzumischen: Mehr können weder Österreich-Ungarn noch Deutschland fordern. Weiter zu gehen gestatten weder das Gefühl eigener Würde, noch das Bewußtsein seiner eigenen Interessen.“

Petersburg. [Ein Gerücht über einen neuen Anschlag auf das Leben des Zaren] kursierte in diesen Tagen in den stuttgarter Hofkreisen. Wir registriren dieses Gerücht, das bereits vor einigen Wochen in einer etwas veränderten Form in Petersburg umherschwirrte, nach dem „D. Montagsbl.“, welches schreibt:

Es handelte sich bei dem angeblichen Coup um nichts Geringeres, als Alexander III., in seinem Arbeitskabinett in die Lust zu springen. Zu diesem Zweck soll es schon gelungen gewesen sein, in dem Heizungsmaterial für den betreffenden Korridor, von wo aus der Ofen für des Kaisers Arbeitskabinett gespeist wird, einige Scheite Holz einzuschmuggeln, welche ausgehöhlt waren und eine genügende Quantität Dynamit enthielten. Da in Russland mit großen, umgesägten Holzscheiten geheizt zu werden pflegt, so läßt sich auf diese Weise in einem einzigen Stück Holz ein Quantum Dynamit unterbringen, durch dessen Explosion auf einem meterweiten Umkreis Alles zerstört werden müßt. Die Entdeckung des Anschlags soll der Polizei noch rechtzeitig gelungen sein, und man fand richtig die verbängnissvollen Scheite unter denen, welche bestimmt waren, bei der nächsten Heizung dem Ofen des kaiserlichen Arbeitskabinetts überliest zu werden.

### Serbien.

[Serbien und die Union générale.] Eine in Belgrad am 5. d. angekommene telegraphische Meldung aus Paris daß Serbien bei der Union générale seinen Verlust erleide, ist für die augenblickliche politische Konstellation von nicht geringer Bedeutung. 30—40 Millionen Franks standen auf dem Spiele, und hätte Serbien bei dem Bankrott des französischen Bankinstituts einen beträchtlichen Theil eingebüßt, so wären die Tage des österreichfreundlichen Ministeriums Garaschaniin gekählt gewesen. Die serbischen Panzlawisten standen auf der Lauer und warteten mit Spannung auf die Nachrichten des Finanzministers Matovics, der auf die Meldung von dem Zusammenbruch der Union générale nach Paris geeilt war. Eine Hiobspost Matovics' wäre das Signal für die Erhebung Ristic's an die Spitze der Regierung gewesen und alle Fäden der Intrigen gegen Österreich würden wieder aufgenommen worden sein. Vielleicht hätte dann der dalmatinisch-herzegowinische Aufstand bald ganz andere Dimensionen angenommen.

## Telegraphischer Specialbericht Der „Posener Zeitung“.

\* Berlin, 8. Februar, Abends 7 Uhr.

Abgeordnetenhaus. Fortsetzung der Verathung der Kirchenvorlage.

Birchow erklärt, die Fortschrittspartei wolle die Machtvolkommenheit der Regierung den Religionsgesellschaften gegenüber nicht verstärken. Sie sei bereit, die Härten der Maigesetze zu entfernen, könne aber die Punkte bezüglich der Rechte des Staates, wie sie aufgestellt seien, nicht wesentlich verrücken lassen. Birchow erklärt sich gegen die Gesandtschaft beim Papst.

Meyer (Arnswalde) empfiehlt dem Zentrum die Annahme der Vorlage im eigenen Interesse zu ermöglichen.

Gneist findet es unerklärlich, daß man in Preußen die Aufhebung einer Gesetzgebung verlange, welche in anderen Staaten auch des außerpreußischen Deutschland geltendes Recht sei. Zu einer Milderung der Härten sei seine Partei bereit, das Bewährte aber von der Maigesetzgebung wolle sie als dauernde Institution festhalten.

Stroesser hat große Bedenken gegen die diskretionären Gewalten, will dieselben aber für ein Jahr bewilligen, weil die Regierung damit schneller den Frieden erreichen zu können hoffe. Für sicherer halte er eine organische Revision der Maigesetze.

vollkommen, um bequem einzusteigen und in den hübschen hohen Wagen Platz zu nehmen. Es sind nur Wagen zweiter und dritter Klasse eingestellt. Die Sitzreihen sind gerade so lang, wie die in den andern, aber die gepolsterten Bänke der zweiten Klasse sind etwas schmäler, damit ein breiterer Raum zwischen den beiden Sitzreihen hat gewonnen werden können, der die Schnelligkeit beim Ein- und Aussteigen ermöglicht. Der Zug setzt sich sofort in Bewegung. Wir sehen über die Spree, haben eine Weile einen ziemlich unerfreulichen Anblick auf die Hinterhäuser des Schiffbauerdamms, der Marien-, Luisen- und Karlstraße und gewinnen, nachdem wir diese unerfreulichen Häuserhaufen verlassen haben, einen freieren Ausblick an der Charité, sehen über den Humboldthafen hinweg und haben in Moabit in der Nähe des Lehrter Bahnhofs den ersten Haltepunkt. In geringer Entfernung von den Vorstädten Etablissements geht die Bahn nun wieder über die Spree und erreicht das nordwestliche Ende des Thiergartens: „Station Bellevue.“

Nun umgeht die Linie in einem großen Bogen den Thiergarten, von dem wir nicht viel zu sehen bekommen, eigentlich nichts Bekanntes außer der Charlottenburger Chaussee. Wir sehen die landschaftlich recht reizlosen sogenannten Schöneberger Wiesen und sind in wenigen Augenblicken an der Station Zoologischer Garten. Station Siam oder Bombay möchte man sagen, denn wir haben nun die eigenthümliche asiatische Architektur des Elephantenhauses gerade vor unsern Augen. Der Garten ist nur wenige Schritte von dem Haltepunkte der Bahn entfernt, aber einstweilen wird der Verkehr doch nicht so mühelos sein, wie es aussieht. Das Grundstück der Bahn stößt nach der dem Zoologischen Garten nächstliegenden Seite auf einen Reitweg, der sich in sehr traurigem Zustande befindet. Wenn die Bahn nach dieser Seite hin ihre Thüren öffnen will, so ist sie genötigt, die ganze Straße pflastern zu lassen, und diese Ausgabe, die sich auf 50—60,000 M. beläuft, hat man einstweilen sparen wollen. Dieselbe Ausgabe müßte aber auch der Zoologische Garten machen, wenn er seinerseits sich entschließen wollte, dort einen Eingang zu öffnen; und dieser hat dieselben ökonomischen Bedenken. Wahrscheinlich wird an der anderen Straße, dem Kurfürstendamm, in nächster Nähe des Reitweges ein Zugang für das Publikum geschaffen werden; da hätte man einen, allerdings nur geringen Umweg zu machen. Jedenfalls muß die bisherige Anordnung geändert und müssen neue Zugänge er-

schlossen werden, wenn die Stadtbahn für den Zoologischen Garten ihre volle Schuligkeit thun soll.

Mit dem nächsten Haltepunkte, Station Charlottenburg, hat die Stadtbahn ihr Ziel erreicht. Nach Besichtigung des Stationsgebäudes, das hier, wo auf einen geringern Binnenverkehr und auf einen starken Außenverkehr zu rechnen ist, wiederum eine eigenartige Einrichtung darbietet, bestiegen wir den nächsten Zug, der von Charlottenburg nach dem Schlesischen Bahnhof geht, legen die Strecke, die wir eben aufmerksam beobachtet haben, nun ohne anzuhalten im Fluge zurück und sind in wenigen Minuten wieder in der Friedrichstraße. Wir fahren nun durch das Herz von Berlin. Wir sehen die Monumentalbauten auf der andern Seite der Spree, die großen naturwissenschaftlichen Institute, das Werdersche Gymnasium; wir erreichen und verlassen, nachdem wir auf steinernen Brücken über die beiden Arme der Spree übersezten, die Museums-Insel mit der National-Galerie und den Museen, unser Blick fällt auf die alte Herkulesbrücke, auf den Garten von Monbijou; wir fahren hart an dem schönen Palais von Poutalès vorüber und sehen dem gegenüber das Bild der völlestigen Verwüstung: die Brandstätte des Gropius'schen Ateliers. An der Börse haben wir wiederum einen Haltepunkt. Die letzte Strecke, von der Börse über Station Alexanderplatz bis zum Schlesischen Bahnhof, gewährt einen nichts weniger als erfreulichen Anblick. Hier folgt die Bahn dem berüchtigten Königsgraben, der zum Glück zugeschüttet worden ist. Daß dieser für den Verkehr völlig entbehrliche, umgesunde, übertriebene und das ganze Stadtviertel verpestende Wasserlauf endlich verschwunden, ist ein wahrer Segen. Von dem Zustande dieser Kloake kann man sich nur einen ungefähren Begriff machen, wenn man die Thatsache erfährt, daß der Regierungsbauammeister, der behufs der baulichen Anlagen dieses Wassers befahren mußte, ohnmächtig aus dem Kahn getragen wurde, und daß später, trotz Anwendung aller möglichen Desinfektionsmittel bei den Mitgliedern der Regierungskommission, die dieselbe Entdeckungsreise anzutreten hatten, der widerwärtige Geruch dieses Grabens wochenlang in den Kleidern gesteckt hat, ja, daß einige Kleidungsstücke einfach haben weggeworfen werden müssen. Hier erblickt das Auge die dunklen Kreuzen der Hauptstadt, die Hinterhäuser von hohen, alten, baufälligen Miethäusern, schlecht getüncht, abgeblättert, niedrige Fenster, Schmutz und Elend. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß mit den Jahren hier ein eiserner Besen auf-

Richter erklärt, sein Standpunkt sei der der „freien Kirche im freien Staate“, er wolle gleiche Gesetzgebung für alle Bekenntnisse, welche die Grenzen zwischen Staat und Kirche ziehe und die dogmatische Seite der Bekenntnisse unberührt lasse. Die Vorlage sei bloß ein Stück aus der Reihe der Mittel, mit welchen Bismarck im Heergefuge im katholischen Lager zu gewinnen trachte; wir wollen nicht die Vorlage, wir wollen Revision der Maigesetze.

Liebermann spricht im Sinne der gestrigen Ausführungen Holz's für die Vorlage.

Kantak weist die gegen die Polen gerichteten Unterstellungen in den Motiven der Vorlage als unbegründet zurück.

Der Kultusminister erklärt, die Debatte habe gezeigt, daß die Vorlage der Ausdruck der parlamentarischen Situation sei. Seine Bemerkungen bezüglich der polnischen Frage, denen man höhere Werth beimette, als darin liege, seien nicht widerlegt und hätten eher die Berechtigung der Regierung gezeigt, auf die Polenfrage Rückicht zu nehmen. Die verantwortlichen Beamten der polnischen Landesheile bestätigten, daß die polnische Agitation in lebhafter Bewegung sei.

Wintondorff meint, wenn misliche Dinge bei der polnischen Geislichkeit vorgekommen seien, so trage lediglich die Entfernung des Oberhirten die Schuld. Nach den Ausführungen Richter's und Birchow's wolle die Fortschrittspartei ernstlich eine Revision der Maigesetze; das sei erfreulich. Gneist's Rede zeigt, daß die nationalliberale Partei die Maigesetze aufrecht erhalten wolle, Meyer's Erklärung widerspreche seiner bisherigen Haltung. Die Revision der Maigesetze sei unabwendbar; wenn die Regierung mit verschärften Armen dem gegenüberstehe, beweise dies, daß die Regierung den Frieden nicht wolle.

Das Haus verweist die Vorlage darauf an eine einundzwanziggliedrige Kommission.

Über die gestrige Verathung der Kirchenvorlage sagt die „Provinzial-Correspondenz“: Die streitenden Katholiken im Parlamente haben sich bisher oft schroffer und unverhönlischer als die Kirche selbst erwiesen, gleichwohl gebe die Regierung nicht die Hoffnung auf, daß es gelingen werde, auch in der gegenwärtigen Session auf dem Gebiete der Gesetzgebung der Wiederherstellung des kirchlichen Friedens einen Schritt näher zu kommen.

### Wissenschaft, Kunst und Literatur.

\* Rom in Wort und Bild. Eine Schilderung der ewigen Stadt und der Campagna von Dr. phil. Rud. Kleinau. Mit 368 Illustrationen. 11. u. 12. Lieferung à 1 Mark. (Leipzig, Schmidt & Günther.) Das Pantheon ist das schönste Denkmal, das uns aus der alten Zeit geblieben; dieses unvergleichlich kühne und schöne Gewölbe, das dem Himmelsgewölbe nachgeahmt ist, hat seinen alten Glanz bewahrt. Jeden, der es gesehen, hat dieses wunderbare Gewölbe in Erstaunen versetzt, und es wird ihn freuen, in diesem Werke so vortreffliche Abbildungen des Neukerns sowohl wie des Innern des Pantheon zu finden. Sodann folgt die Schilderung des ehrenwürdigen Capitol; die guten Abbildungen zeigen uns, daß von dessen früherem Glanz leider nicht mehr viel zu sehen ist. Aber wir fühlen uns gehoben, wenn wir diesen Platz betreten, von dem aus viele Jahrhunderte hindurch die Welt regiert wurde; wir stehen mit Begeisterung vor der 2 Jahrtausend alten Reiterstatue des Marc Aurel. Was könnte er uns Alles erzählen, wenn er reden könnte! — Dann folgen wir dem Verfasser in das Capitolinische Museum, die wichtigsten und schönsten Statuen sind auch abgebildet, wie der Satyr des Praxiteles, der sterbende Fechter, die beiden Agrrippina, Messalina, Marius u. i. m. Dem 13. Heft ist ein schöner, großer Plan des modernen Rom beigegeben, der gewiß den Subscribers sehr erwünscht ist.

räumen wird, und gerade der Stadtbahn wird es zu danken sein, daß sich an der Stelle dieses finstern Kehrichts allmählich schönere, luftigere und vor allem gesundere Baulichkeiten erheben werden. Überhaupt darf es als feststehend bezeichnet werden, daß die Stadtbahn in den ganzen Verkehrs- und Lebensverhältnissen von Berlin großartige Umwälzungen hervorzurufen bestimmt ist. Welcher Art dieselben sein werden, liegt einstweilen noch außer aller Berechnung; man weiß nur, daß sie in Wahrheit jene „unabsehbare Tragweite“ haben werden, von der man so oft spricht. Nicht nur wird Berlin durch seine unmittelbare Heranziehung an den Weltverkehr im allgemeinen sehr viel gewinnen, durch die Heranziehung der Vororte wird die erstaunlichste Entwicklung, die Berlin in den letzten Jahrzehnten genommen hat, noch ungeahnte Fortschritte machen, und die wichtigen Wohnungsverhältnisse der deutschen Hauptstadt werden zum Theil eine völlige Veränderung und Verbesserung erfahren.

70 Millionen in runder Summe hat diese kolossale Anlage verschlungen, von denen, immer in großen runden Summen gesprochen, nicht weniger denn 30 Millionen auf den Erwerb von Grund und Boden fallen. Die Viadukte kosten nahezu 20 Millionen, die Bahnhöfe 5 Millionen, die Betriebsmittel 2½ Millionen, der westliche Endbahnhof 6 Millionen, der Rest verteilt sich auf den östlichen Anschluß, die Erdarbeiten u. s. w. Die genaueren Daten sind von dem österreichischen Ingenieur Bode in einem sehr lebenswerten Aufsatz über die Stadtbahn entwickelt, der als selbständige Flugschrift erschienen ist.

Das große Werk hat nun, nach 20 Jahren, seinen ersten Abschluß gefunden: am Dienstag wird die Stadtbahn dem öffentlichen Betriebe für den Binnenverkehr übergeben werden. Sie wird ein ewiger Zeuge für die Wahrheit bleiben, daß die Gründer-Jahre, die so viel Unheil angestiftet, auch manches unvergänglich Gute geschaffen haben. Denn es unterliegt keinem Zweifel, daß, wäre das Werk nicht in dem Augenblick begonnen worden, in welchem der Werth der Millionen in Folge des ungeheuren Umsatzes auf allen Börsen von Europa niedriger geschätzt wurde, als zu normalen Zeiten, in welchem ein großartiger leichtsinniger Zug durch die Welt ging und alle Bedenken der Vorsicht und Berechnung schweigen ließ, die berliner Stadtbahn wahrscheinlich niemals zur Wirklichkeit geworden wäre. Das in der Überschätzung der eigenen Kraft von Privaten waghalsig begonnene Werk hat schließlich die leistungsfähigere Allgemeinheit, der Staat, zum guten Ende führen können. (Köln. 3.)

## Stadttheater.

Posen, den 8. Februar.

Mit Lortzing's komischer Oper „Der Wibschütz“ wurde ein weniger gepflegtes Feld seitens der Oper in Angriff genommen. Das Libretto ist nach Kozebeu von Lortzing selbst zusammengestellt worden, eine Methode des Produzenten, die Hand in Hand mit der Musik gerade bei Lortzing von entschieden günstigstem Einfluß auf den Gesamteffekt war. Der Wibschütz zählt entschieden zu den heitersten Werken Lortzings, vielleicht gebührt ihm nach dieser Seite hin geradezu die Palme. Unter einer ununterbrochenen Folge heiterster Szenen fließt die Handlung dahin oft leicht und gefällig, oft auch etwas derber, aber immer mit Humor. Auch an echt musikalischer Komik fehlt es nicht. Sehr zündend muß zur Zeit der ersten Aufführung (1842) die erste Szene des zweiten Aktes gewirkt haben, sie parodiert die damals herrschende Antigone-Manie. Mendelssohn hatte eben seine Musik zu diesem klassischen Drama geschrieben und alle Welt schwärzte für Sopholles' Meisterwerk, namentlich auch die, die es nicht verstanden, daher auch der hübsche Refrain „Schade, schade, daß wir's nicht verstehen.“

Die Aufführung füllt war eine sehr wohl gefügte und fließende, daß sie jene volle ungetrübte Heiterkeit, die ihr innenwohnt auch wirklich auszustrahlen vermochte, bewies vor allen Dingen der sehr lebhafte Beifall, der sich stellenweise bis zu doppeltem Hervorruf steigerte (Herr Sieglitz) und am Schlusse noch ganz energisch den guten Gesamtverlauf markierte. Herr Engel leitete mit gewohnter Energie das Ensemble, so daß Alles froh und natürlich dahinglitt, vom Orchester gut unterstützt. Von den Chören nennen wir namentlich den Introductionschor des ersten Aktes und den Chor der jungen Mädchen vor dem Walzer des dritten Aktes, wie denn überhaupt den weiblichen Stimmen die vollere Klangwirkung zuzusprechen ist. Von den Solisten sei zunächst des alten Schulmeisters Baculus gedacht; in ihm verdichten sich die komischen Momente und sie mit voller Wirkung beim Publikum einzubürgern, gelang Herrn Sieglitz sehr gut. Er spielte nicht nur sehr frisch und lebendig, sondern er sang auch pointiert und humoristisch, so sein A-B-C-Lied, so namentlich auch seine den zweiten Akt abschließende Arie, die ihm einen doppelten Hervorruf einbrachte. Sehr glücklich sekundirte ihm Fräulein Matthes, die als Gretchen drollige Lebendigkeit entwickelte und musikalisch in vorderster Reihe stand. Dem Auge sehr wohlgefällig präsentierte sich Fräulein Schildek (Baronin Freimann) als Studiosus und später als schönes Kind vom Lande; zu einem geselligen Vortrage ihrer kleinen Lieder gesellte sich ein hübsches zwangloses Spiel; ihre Begleiterin Nanette gab Frau Rettig. Herr Grünig als Baron Kronthal trug eine zu starke Dosis Sentimentalität zur Schau, die heiteren Regungen dadurch verschleiernd; die Stimme kläng gestern fortläufig begangen und fast eingezwängt.

Den Grafen Erbach sang Herr Grebe mit gewohnter musikalischer Noblesse, aber wie uns schien nicht mit der vollen Frische, die sonst seine Leistungen zu begleiten pflegt. Dass die Vorlesungsszene so durchschlagend verlief, verdankte sie neben der Mühewaltung der Regie (Herr Grebe) vor allen Dingen dem drastischen Spiele von Frau Grebe, die als Sopholles-Wüthige Gräfin eine prächtige Leistung bot, ihr zur Seite verstand aber auch Herr Rettig die kleine Rolle des Haushofmeisters Pancratius für die Lachwirkung sehr ergiebig auszunehmen. Mit der Beleuchtungshandhabung gings auch gestern bei der Billardszene wieder in gewohnter Weise, das Gas erloscht hier und wird dann wieder angebrannt; dieser künstlichen Dunkelheit ging es aber wie den ausge schnittenen Schleppkleidern unserer Damen, die fangen bekanntlich nicht richtig an und hören nicht richtig auf. Der Erfolg der Oper, wie nochmals konstatirt werden mag, war ein sehr günstiger, es wurde insgesamt mit der nötigen Heiterkeit und Laune agiert und die richtige Freudigkeit ins Publikum hineingetragen.

## Vocales und Provinzielles.

Posen, 8. Februar.

[Post und Telegraphen in den preußischen Grenzgegenden.] Um die Grenzdistrakte Posens nahe der russischen Grenze mehr dem allgemeinen Verkehrsnetz anzuschließen, als bisher, wird die kaiserliche Ober-Postdirektion in Posen, wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, zum 1. April 1882 sechs neue Postanstalten und vier Telegraphenlinien in den gedachten Gegenden errichten. Es sind dies die Postagenturen in den Orten Rzegocin, Grodzisko, Kuchary, Bielowies, Bobrowniki und Wyszannow. Außerdem werden Telegraphenlinien gebaut nach Boguslaw, Rossoschütz, Rzegocin und Opatow, an welchen Orten zum 1. April d. J. Reichs-Telegraphen-Anstalten ins Leben treten. Es kann nicht verkannt werden, daß so durchgreifende Maßregeln, deren Ausführung die Aufwendung erheblicher Geldmittel aus der Reichskasse erfordert, sehr geeignet sind, die Verkehrsverhältnisse dieser Gegenden in hohem Maße zu fördern und zu beleben, was vom Gesichtspunkte der Landeskultur sehr erfreulich ist.

— **Handelskammer.** Auf der Tagesordnung am 9. d. Nachmittags 4 Uhr, beginnenden Sitzung der Handelskammer befinden sich die Gegenstände der vorigen Tagesordnung, welche nicht erledigt werden konnten, insbesondere die Dechirurgierung der Jahresrechnung der Handelskammer pr. 1880/81 und die Berichterstattung über die am 19. v. M. stattgehabte Bromberger Konferenz. Sodann werden zur Berathung gelangen eine Vorlage des Reichseisenbahnamts, betreffend Errichtung direkter Frachtsäte für den Güterverkehr zwischen Stationen der Oels-Gniezener Bahn und solchen der Posen-Creuzburger Bahn, sowie eine Vorlage des Präsidiums des deutschen Handelstages, betreffend den Einstuß der im Eisenbahnoesen eingetretenen Veränderungen auf die Leistungen und Tarife im Güterverkehr. Es erfolgt darauf Mitteilung über Anträge und Beschlüsse, welche gegenwärtig den Gegenstand von Verhandlungen mit Behörden und Körperschaften bilden. Endlich kommen noch einige Privatanträge und diverse Eingänge zur Besprechung.

— **Städtischer Verwaltungsbericht.** Die städtische Realschule (simultan) wurde besucht von 490, die Real-Vorschule

von 103 Schülern. Von 1873 an, wo die Vorschule städtische Anstalt wurde, hat sich der Besuch beider höheren Schulen mit ziemlichen Schwankungen in den Zwischenjahren von 590 auf 593 gestellt. Von den beiden **Zahlschulen** (simultan) war die Mittelschule 1881/82 von 639 Schülern und 518 Schülerinnen, die Bürgerschule von 602 Knaben und 400 Mädchen besucht. Das ergibt zusammen 1241 Schülern und 918 Schülerinnen; im Vorjahr war die Zahl der Schüler um 6 größer, die der Schülerinnen um 8 kleiner gewesen. — Die vier **Freischulen** (simultane Stadtschulen) wiesen einen Besuch von 4931 Kindern, darunter 2490 Knaben und 2441 Mädchen auf. Mehr als im Vorjahr: zusammen 276; Knaben 168, Mädchen 198. Die Zunahme des Besuches speziell dieser Schulen wirkt im Vergleich mit den weiter oben mitgetheilten Zahlen ebenfalls ein Licht auf die wirtschaftlichen Verhältnisse. Die Freischulen wurden besucht von 1274 evangelischen, 3530 katholischen, 137 jüdischen, 1698 deutschen, 3233 polnischen, 4931 einheimischen Kindern. — **Realschule** und **Realvorschule** haben zusammen 15 Klassen und 26 Lehrer; auf eine Klasse kommen durchschnittlich 40 Schüler, auf eine Lehrkraft 23. **Mittelschule** und **Bürgerschule** haben zusammen 39 Klassen und 48 Lehrer; auf eine Klasse kommen durchschnittlich 55 Schüler, auf eine Lehrkraft 45. Die vier **Stadtschulen** haben zusammen 70 Klassen und 70 Lehrer. Auf eine Klasse kommen durchschnittlich 70 Schüler, auf eine Lehrkraft 63. — In der **Realschule** sind thätig 12 evangelische, 9 katholische, 2 jüdische, 16 deutsche, 7 polnische Lehrer; an der **Vorschule** 1 evangelischer, 2 katholischer, 1 deutscher, 2 polnischer; an der **Mittelschule** 13 evangelische, 8 katholische, 14 deutsche, 7 polnische; an der **Bürgerschule** 10 evangelische, 8 katholische, 1 jüdischer, 13 deutsche, 6 polnische; an den vier **Stadtschulen** 33 evangelische, 32 katholische, 2 jüdische, 39 deutsche, 28 polnische. Von Lehrerinnen wirken an der **Mittelschule** 2 evangelische, 3 katholische, 4 deutsche, 1 polnische; an der **Bürgerschule** 3 evangelische, 2 deutsche, 1 polnische; an den vier **Stadtschulen** 7 evangelische, 4 katholische, 7 deutsche, 4 polnische. — Die 11 **Privatschulen** und **Private Erziehung** — Anstalten, bestehend aus 7 höheren Töchterschulen, (darunter eine mit Kindergarten), einer **Vorbereitungsschule** und zwei **Vorbereitungsschulanstalten** für Gymnasial-Sexta, zerfallen in 5 evangelische, 3 katholische, 1 mosaïque und 2 simultane. Die Zahl der Klassen, von 1 bis 8 variirend, ist 48, die Zahl der Lehrkräfte 109. Sie wurden besucht von 102 Knaben und 1103 Mädchen. Davon waren 433 evangelisch, 383 katholisch, 389 jüdisch, 1033 einheimisch, 152 auswärtig, 20 ausländisch. — Die Kosten des höheren städtischen Schulwesens betragen 1881/82 104,432 M., die Summe ist durch Gebühren und eigene Einnahmen im Betrage von 39,894 und Kommunal-Zuschuß in Höhe von 64,538 M. zu decken. Für 1882/83 sind Aussgaben in Höhe von 104,533 M. und Einnahmen resp. Zuschuß von 41,619 und 62,914 M. in Aussicht genommen. Das niedrige Schulwesen verursacht 1881/82 eine Aussgabe von 263,086 M., zu deren Deckung ein Kommunalzuschuß von 215,500 M. nötig ist, für 1882/83 ist eine Aussgabe von 275,636 M. und zu deren Deckung ein Kommunalzuschuß von 227,296 M. in Aussicht genommen. Das gesamte städtische öffentliche Schulwesen kostet 1881/82 367,518 M. und erfordert einen Zuschuß von 280,038 M. Für 1882/83 sind Gesamtkosten von 380,169 M. und ein Zuschuß von 290,210 M. in Aussicht genommen. — Der Kämmererei-Zuschuß beträgt für die **Realschule** und **Vorschule** 1881/82 Mark 64,538, pro 1882/83 Mark 62,914; für die **Mittelschule** 36,605 und 36,806 Mark; für die **Bürgerschule** 29,209 und 28,816; für die gewerbliche Fortbildungsschule 1881/82 M. 2086; für die erste, zweite, dritte und vierte Stadtschule 25,862 resp. 28,617, 27,875 resp. 30,410, 43,127 resp. 43,382, 52,820 resp. 59,231 M. zusammen 282,121 und 290,206 M. — für das Armenwesen betragen die Kämmerereizuschüsse 1881/82 M. 142,314 M., nach dem Entwurf für 1882/83 187,088 M. — Sämtliche städtische öffentliche Schulen sind in der Frequenz gelegen und bei mehreren derselben, der ersten, dritten und vierten Stadtschule haben neue Klassen gestiftet und entsprechende Lehrkräfte angestellt werden müssen. Da auch für den nächsten Aufnahme-Termin ein weiterer Andrang Neu-aufzunehmend voraussehen ist, so warer in dem Entwurf pro 1882/83 die Mittel zur Gründung neuer Klassen, je einer für die erste, zweite und vierte Stadtschule einzureihen. — Für die vier Stadtschulen ist ein gemeinsamer Lehrplan ausgearbeitet und zur Einführung gelangt. Durch Verfügung der Königlichen Regierung, Abtheilung für Kirchen- und Schulwesen hier selbst war angeordnet worden, daß in Gemäßheit der Ministerialerlaß vom 18. Februar 1878 und vom 21. Januar 1880 der evangelische Religionsunterricht in den hiesigen öffentlichen Niederschulen und den Privatschulen durch Geistliche geleitet resp. beaufsichtigt werden sollte, und diese Anordnung ist mit Beginn des gegenwärtigen Schulhalbjahres in der Art zur Ausführung gelangt, daß nunmehr dieser Religionsunterricht geleitet wird: in der **Mittelschule** durch Generalsuperintendent D. Ges. in der **Bürgerschule** durch Militär-Oberpfarrer Tector, in der ersten, zweiten und dritten Stadtschule durch Superintendent Klette, in der vierten Stadtschule durch Konsistorialrath Reichard, in den **Privatschulen** durch Generalsuperintendent D. Ges. Letzterer beaufsichtigt zugleich die Leitung des evangelischen Religionsunterrichtes in der Bürgerschule und in den Stadtschulen. Die Geistlichen sind bezüglich der resp. Schulen berechtigt: 1) dem schulplännigen Religionsunterricht in den dafür festgesetzten Stunden beizutreten; 2) durch Fragen und soweit erforderlich, stellenweise Eingreifen in den Unterricht sich davon zu überzeugen, ob dieser von dem Lehrer sachgemäß ertheilt wird und welche Fortschritte die Schüler darin gemacht haben, ohne daß dem Leiter des Religionsunterrichtes irgend welche Einwirkung in methodischer oder disciplinärer Hinsicht zusteht; 3) die Lehrer, jedoch nicht in Gegenwart der Kinder, sachlich zu berichten; 4) Wünsche und Beschwerden in Bezug auf den Religionsunterricht vor der staatlichen Aufsichtsbehörde vorzubringen. — Ressort gegen diese Anordnungen der königl. Regierung war fruchtlos geblieben. Im Juli d. J. haben diejenigen Klassen der Bürgerschule, welche bis dahin in dem ehemaligen Alumnatsgebäude des Königlichen Mariengymnasiums untergebracht waren, in die von dem Königlichen Provinzial-Schul-Kollegium hier selbst der Stadtgemeinde vermieteten Räume des zweiten Stockwerks des ehemaligen Luisengrundstücks übersiedelt. Auch befindet sich eine Anzahl Klassen der dritten Stadtschule in Räumen, welche der königliche Kommissarius für die erzbischöfliche Vermögensverwaltung, Regierungsrath Perkun, an die Stadtgemeinde vermietet hat. Außerdem werden neue Klassen der ersten und zweiten Stadtschule zu Ostern d. J. mithin unterzubringen sein. Hieraus ergiebt sich die Nothwendigkeit zur Errichtung neuer Schulhäuser und in erster Linie zur Errichtung eines Schulhauses für die Bürgerschule. Der gegenwärtige Winter wird die Zeit sein, in welcher die Vorbereitungen für diesen Bau durch Ermittelung eines Bauplatzes, Projektierung des Baues und Bewilligung der Mittel so zeitig zu treffen sein werden, um im kommenden Frühjahr mit dem Baue selbst beginnen zu können.

r. Von der Direktion des Kunstgewerbe-Museums zu Berlin geht uns ein Separat-Abdruck derjenigen Partie der zur Eröffnung des neuen Gebäudes ausgegebenen Festschrift zu, welche die weiteren Ziele und Aufgaben des Museums ins Auge faßt und die Nothwendigkeit betont, daß dem Institute im Interesse der Allgemeinheit die zur Durchführung dieser Aufgaben erforderlichen Mittel nicht versagt bleiben. Indem wir es uns wegen Mangel an Raum versagen müssen, den betreffenden Abschnitt der Festschrift zum Abdruck zu bringen, theilen wir nur den Schluss aus diesem Abschnitte mit. Es wird in demselben darauf hingewiesen: es müsse eine Sammlung ausführlicher Arbeiten geschaffen werden, welche das ganze Jahr hindurch von einer bedeutenden Stadt zur anderen wandert und Anregung und Belehrung in die weitesten Kreise trägt. „Großer Mittel wird es bedürfen, um diese Ziele zu erreichen. Wir hoffen, daß man sie uns, dem vaterländischen Kunstgewerbe, dem Nationalwohlstand reichlich und bald wird gewähren können. Wir wenden uns mit unserer Bitte nicht allein an den Staat, nein, an alle Freunde unserer Freiheit und Unabhängigkeit! Wir sehen die Zeit kommen, wo diejenigen unserer Bürger, welche sich ein bleibendes Verdienst um unser Volk erwerben und ihren Namen der Nachwelt auf immer überliefern wollen, nicht blos vereinzelt, wie dies heute schon geschieht, sondern vielfach, wie in England und Frankreich, einen Theil ihres Reichtums oder ihre kostbaren Sammlungen dem Museum zuwenden werden.“

— Das polnische Wahlkomitee ersucht schon jetzt die polnischen Wähler um reichliche Geldbeiträge zu Agitationszwecken für die in diesem Jahre stattfindenden Wahlen von Stadtverordneten und zum preußischen Landtag.

r. Die **Private Reitbahn**, welche auf dem Grundstück des Pferdehändlers Gedalje (Schlittenstraße 31) während der letzten Monate durch den Baumeister Memelstor errichtet wurde, ist gegenwärtig fertig gestellt und wird auch bereits benutzt. Sie befindet sich in einem Fachwerkgebäude, welches auf dem hinteren Theil des Grundstücks erbaut ist und welches in seinen Borderräumen zwei Garderobenzimmer für Damen und Herren, eine Tribune für Zuschauer und ein Buffetzimmer, in den Hinterräumen einen großen Pferdestall enthält, in welchem sich theils Verkaufspferde, theils auch die zur Benutzung in der Reitbahn oder zum Verleihen bestimmten Pferde etc. befinden. Die Reitbahn selbst hat eine Länge von 24 und eine Breite von 17 Metern, ist hell und freundlich, und hoch mit feuchtem Sande aufgeschüttet. Unzweckhaft wird das Unternehmen bei den Liebhabern und Liebhaberinnen des Reitsports in unserer Stadt vielen Anfang finden. Im Uebrigen verweisen wir auf den Annoncen Teil.

r. **Trichinen.** Bei einem Fleischer auf der Jesuitenstraße und bei einem Wirtshaus in Jerzyce ist je ein trichinöses Schwein mit Beschlag belegt und das Fleisch in vorschriftsmäßiger Weise vernichtet worden.

r. Gefährliche Schießübungen. Ein Bewohner der Vorstadt Prępadel schoß gestern Abends 7 Uhr im angetrunkenen Zustand mit einem scharf geladenen Revolver zu seinem Vergnügen von seiner Wohnung aus über die Straße hinüber, so daß die Vorübergehenden dadurch gefährdet wurden. Ein Schuhmann machte dem gefährlichen Vergnügen dadurch ein Ende, daß er dem Mann die geladene Waffe wegnahm.

r. Verhaftet wurde gestern Abends ein Arbeiter, welcher in angebrunnenem Zustand in die Wohnung eines Schuhmachers auf der Mühlstraße eingedrungen war, denselben mit Blödhandlungen bedrohte, und schließlich durch Steinwürfe einige Scheiben der zu der Wohnung führenden Glastür einwarf. — Verhaftet wurde ferner ein Arbeiter, welcher seine Eltern in Jerzyce in der vorigen Woche gemisshandelt und mit Todtchlag bedroht hatte.

r. Betrug. Gestern Abends erhielten die Fleischermeister auf der Bronnerstraße ein an eine Kette angeschlossener zweirädriger Wagen mit eisernen Äxten und dunkelbraun gestrichenen Leitern gestohlen. — In der Nacht vom 6. zum 7. d. M. wurden einem Droschkenbesitzer auf der Sandstraße mittels Sprengens einer Fensterläufe im ersten Stockwerk und Einfassungen durch dieselbe 8 Säcke Hafer und eine Kutschlerlivree gestohlen. — Verhaftet wurde gestern ein Arbeiter aus Winari, welcher vor einiger Zeit, wie damals mitgetheilt, in Gemeinschaft mit einem Arbeiter einer Handelsfrau auf dem Hofe eines Grundstücks an der Wilhelmsstraße ein Faß mit 80 Pf. Butter gestohlen hat. — Einem Restaurator an der Eichwaldstraße wurden am 6. d. M. Abends aus unverlorenem Stalle ein Deckbett mit blau und weiß gestreiftem Bezug, ein Kopfkissen, ein leimesenes Bettlaken, ges. F. Z. und einem seiner Knechte ein Gebetbuch und ein Paar Handschuhe gestohlen.

X X Nakel, 7. Februar. [Saaten. Pferde- und Rindviehhandel, Vorschuß-Werke.] Seit einigen Tagen hat sich trockerer Frost eingestellt und sind die Landwege dadurch wieder passierbar geworden. Da die Kälte 3 Grad noch nicht überschritten hat, wird dieselbe den Wintersaaten, welche mit einer Schneedecke noch nicht versehen sind, einen Schaden nicht zufügen können. Diese sind übrigens gut abgewachsen und so kräftig, daß sie durch äußere Einflüsse so leicht nicht mehr beschädigt werden können. — Eine lebhafte Nachfrage nach jungen Pferden, besonders 2- und 3jährigen Fohlen, ist in letzterer Zeit eingetreten und haben Pferdehändler aus anderen Provinzen eine erhebliche Zahl Fohlen hier in der Umgegend aufgekauft und westlichen Provinzen zugeführt. Die Preise, welche gezahlt wurden, stellten die Verkäufer zufrieden und erreichten bei 2-jährigen Fohlen häufig eine Höhe bis zu 300 Mark pro Stück. Die Rindvieh dagegen besteht nur geringe Nachfrage und beschränkte sich hierin das Geschäft nur auf Fettvieh, welches indeß nicht solch einen Preis hat, wie in früheren Jahren. Schweine sind sehr gesucht und haben einen Preis, wie seit vielen Jahren nicht mehr. Im Laufe des vorigen Jahres verendeten viele am Rothlauf, welches zur Folge hat, daß Besitzer, die sonst eine größere Zahl fetter und magerer Schweine zum Verkauf stellten, in diesem Jahre gezwungen sind, selbst kaufen zu müssen. — Gestern Abend fand im Saale des Herrn Hänsch die statutenmäßige Generalversammlung des hiesigen Vorschußvereins behufs Errichtung des Rechenschaftsberichts pro 1881 statt, welchem wir folgendes entnehmen: Das Geschäft im lastverlorenen Jahre war umfangreicher, wie im Vorjahr. Die Mitgliederzahl vermehrte sich in demselben um 42 und betrug ult. Dezember 464. Der gesamte Umsatz in Einnahme u. Ausgabe betrug M. 5 619 398,68. Die Einzahlungen des Spareinlagenkontos erreichte die Höhe von M. 150 016,87. Die Rückzahlungen dagegen betragen M. 120 188,51. Die Zahl der Spareinlagen vermehrte sich um 65 und betrug am Jahresende 465 mit M. 186 225,43 Kapitalseitenlage. Das Kinderparasitut erfreute sich einer regen Teilnahme, und zwar befestigten sich an demselben 67 Familien mit 161 Kindern. Die Monatsbeiträge, welche der Vereinsbote einzog, erreichten die Höhe von M. 3143,50. Die geringste Einzahlung betrug 50 Pf., die höchste 15 Mark. Das Mitglieder-Guthaben erreichte die Höhe von M. 90 187,75, der Reservefonds M. 8087,19, ca. 9 p.C. des Mitgliederguthabens. Die Dividende wurde auf 8 p.C. gegen 8 des Vorjahrs festgestellt.

X Lissa, 6. Februar. [Kämmerer Schmidt.] Von der freiwilligen Feuerwehr. Eine in allen Kreisen unserer Stadt beliebte und geachtete Persönlichkeit, der Kämmererfassen-Rendant Herr Gottlob Schmidt, ist gestern nach langer Leiden verstorben. Die Kommune verliest in dem Heimgegangenen einen durch viele Jahre bewährten und überaus pflichttreuen Beamten, die Bürgerschaft einen bescheidenen und allezeit gefälligen Rathgeber und Freund. Die freiwillige Feuerwehr hielt am Sonnabend Abend in Wolfsbrunn ihr Wintervergnügen ab. Die zu dem Fest eingeladenen Magistrats- und Stadtverordneten-Kollegen waren durch Deputationen vertreten; die Mitglieder der Feuerwehr nebst ihren Familien waren recht zahlreich erschienen. Nach Vorführung einer Anzahl wohlgelungener Rebelsilder gelangten mehrere humoristische, declamatorische und Gesangsspiele zur Aufführung, die allgemeinen Beifall fanden. Den zweiten und Haupttheil des Festes bildete wie gewöhnlich ein Tanz, der erst in den Morgenstunden seinen befristeten Abschluß fand. — In der vor einigen Tagen stattgehabten Generalversammlung der freiwilligen Feuerwehr brachte der Vorsitzende, Branddirektor Gerndt, den Beschluss

der Stadtverordneten betreffs der Versicherung der Mitglieder der Feuerwehr gegen Unfälle bei Ausübung ihres Berufes, zur Kenntnis. Danach hat die Stadtverordneten-Versammlung die Verpflichtung der Stadt zur Versicherung der Mitglieder der Feuerwehr anerkannt und beschlossen, zur Anfassung eines zu diesem Zwecke bestimmten Fonds schon jetzt eine jährliche Summe von 150 Mark in den Etat zu stellen und ein Statut zu entwerfen, auf Grund dessen die weitere Frage, ob die Versicherung bei einer größeren Versicherungs-Gesellschaft zu bewirken sei, zur Erörterung kommen soll. Fernertheilte er mit, daß zwei weitere Anträge, nämlich: 1) auf die Feuerwehr-Zeitung zu abonnieren, 2) einen in der letzteren empfohlenen Rettungs-Apparat mit Seil zum Herablassen von Menschen probeweise anzuschaffen, von dem Magistrat genehmigt seien. Bei Eröffnung des Frägelastens, einer Einrichtung, die sich immer regerer Benutzung erfreut, fanden sich mehrere Fragen, die weitesten von allgemeinem Interesse, eine ausführliche Beantwortung erfuhren. Eine derselben betonte die Nothwendigkeit, daß am Fuße des Steigerthums Lobe aufgeschüttet würde, damit ein etwaiges Herausfallen eines in der Übung begriffenen Feuerwehrmannes abgewacht und nicht gleich von den schlimmsten Folgen begleitet werde. Dem Antrage soll stattgegeben werden, da die Zweckmäßigkeit dieser Maßregel anerkannt wurde.

Bromberg, 7. Februar. [Verein deutscher Holz- und Flözereinteressenten.] Die gestrige zahlreich besuchte Versammlung eröffnete mit der erfreulichen Mitteilung, daß der Verein nicht nur eine rege und wachsende Theilnahme bei den Interessenten finde, sondern auch von den Behörden in seinen Bestrebungen unterstützt werde. Die Kaufmannschaften zu Berlin und Stettin, die Handelskammern zu Bromberg, Posen und Thorn seien bereit, auf die im Wortlaut verlesene Eingabe des Vereins, betreffend die Verfassungen der Regierungen zu Potsdam und Frankfurt a. O. über die, den Flözerebetrieb und den Holzhandel schwer schädigende dreimänige Besatzung der Flöße auf der Warthe und Oderstrecke von Küstrin bis Stettin bei dem Minister für öffentliche Arbeiten vorstellig zu werden. Von den Delegirten auswärtiger Holzhändlern wurde dankbar anerkannt, daß der Verein in gleicher Weise und ganz unparteiisch ebenso die Interessen des Holzhandels wie des Speditionsgewerbes sich angelegen sein lasse, wie die dem letzteren direkt zugehörenden Vortheile mittelbar nur dem deutschen Holzhandel zu gute kommen, da ja dieser schließlich die Belästigungen und Er schwerungen der Spedition zu bezahlen habe. Die Identität dieser Interessen wäre noch nicht überall genügend bekannt, und müsse auch auf der, demnächst in Berlin stattfindenden Versammlung zur Ansprache gebracht werden. Der Vorsitzende teilte mit, daß, betreffs letzterer bereits Verhandlungen schwelen und eine rege Beteiligung der Vereinsmitglieder an der berliner Versammlung zu erwarten ist. Bis zu letzterer wurde auch die Besprechung der Kanalprojekte und Fluß regulierungen nach kurzer Erläuterung der dem Landtag vorgelegten Wasserbauprojekte veragt, und soll in dieser Angelegenheit auch mit dem Zentral-Verein für Hebung der deutschen Fluß- und Kanalschiffahrt korrespondieren. Betreffend die Schleusungskosten auf dem bromberger Kanal wurde dem vom Vorstande mit den Unternehmen geschlossene Kontrakt als den Interessen der Vereinsmitglieder und dem ordnungsmäßigen Betriebe durchweg entsprechend, ohne weitere Debatte genehmigt. Dagegen entpann sich eine sehr lange Diskussion über die Zollerhebungen seitens der russischen Brückepächter. Es wurde dargelegt, wie man durch die relativen Tarifbestimmungen des russischen Zolltariffs und der Pachtverträge geradezu der Willkür der polnischen Brückenpächter ausgesetzt ist, wie dieselben in eigennütziger Weise ihre Macht ausnutzend jede Beschwerde illusorisch machen und in gleicher Weise die deutschen Interessenten wie die finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Russland schädigen. Der Vorstand befürt hierüber ein sehr reichhaltiges thathähliches Material sowie interessante Aktenstücke von jenigen Brückenpächtern, welche Willkürherrschaft, die unberechtigten und gesetzwidrigen Einstüsse derselben und die Ausbeutung der deutschen Interessenten selbst aufzeigt. Die Haltbarkeit dieser, der russischen Regierung voraussichtlich unbekannten Zustände ist auf die Dauer nicht angängig. Es kommen nun die verschiedenen Vorschläge betreffs Abhilfe in dieser Angelegenheit zur Beratung, nach welcher beschlossen wird, ein die deutschen Interessenten geradezu nicht schädigendes Arrangement mit den russischen Brückenpächtern allerdings nicht ablehnen, andernfalls aber sogleich Maßregeln gegen eine Uebervortheilung durch dieselben zu treffen. Gleichzeitig wurden zwei Deputationen gewählt, welche in dieser Angelegenheit die nötigen Schritte beim russischen Generalconsul Grafen v. Wrangel in Danzig und bei dem Generalgouverneur in Polen resp. bei der Regierung in Petersburg — unter Mitwirkung des deutschen Generalconsuls in Warschau resp. der deutschen Botschaft in Petersburg thun sollen. Den zu übergebenden Petitionen soll das umfangreiche Material der Vor kommisse in den letzten Jahren als Beweis beigelegt werden. Nachdem noch einige statutarische Bestimmungen seitens des Vorstandes begründet waren, wurde die etwa 3½ Stunden dauernde Versammlung geschlossen.

Schneidemühl, 6. Februar. [Stadtverordneten-Sitzung. Vorschub-Verein. Wohlthätigkeitss-Theater. Englückssaal. Feuer.] In der vorigeführten Sitzung der Stadtverordneten nahm die Versammlung Kenntnis von dem Bericht der Kommission betreffend die Beschaffung eines näheren Zufahrweges nach den im Bagnabruce bei der Walfmühle belegenen Parzellen. Nach denselben würde sich das Anlagekapital für anlegenden Gräben, Planirung, Anlage einer Brücke, Ländertschädigung &c. auf 643,50 M. stellen. Von diesem Kapital die Zinsen berechnet, der Verlust an Pacht für das abzutretende Land &c. giebt eine jährliche Ausgabe von 50,64 M. Die Versammlung nimmt deshalb von der weiteren Verfolgung des Projektes Abstand, lehnt die Zuschlagsvertheilung für das gesammte Packtgebot von 568,30 M. für jene Parzellen, welche ein Areal von 100 Morgen umfassen, ab und ersucht den Magistrat, eine anderweitige Verpachtung zu bewerstelligen und zwar in der Weise, daß 1. Gebote abgegeben werden, wobei die jzige Wegelage in Betracht kommt, 2. dann aber auch in der Weise, daß Gebote mit der Voraussetzung, daß die Anlegung des projektierten Weges erfolgt, angenommen werden und der Verpachtungstermin an Ort und Stelle anberaumt wird. Zur Verberathung einer neuen von dem Magistrat eingebrochenen statutarischen Anordnung betreffend die Verwaltung der Stadt Schneidemühl wird eine Kommission, bestehend aus den Stadtverordneten Wichter, Munke, Drevitz, Hasche und Hellwig, gewählt. Die betreffende Anordnung zerfällt in 10 Paragraphen und enthält nur hinsichtlich der Bildung einer Armendirektion, einer Schul- und Deponie-deputation neue Einrichtungen. Außerdem sollen die Mitglieder des Magistrats nicht wie bisher den Titel "Rathsherr", sondern den Titel "Stadtrath" führen. § 2 bestimmt, daß die Zahl der Stadtverordneten auf 12 belassen werden soll. (Es würde dem Wunsche der Bürgerlichkeit entsprechen, wenn dieser Paragraph dahin abgeändert würde, daß die Zahl der Stadtverordneten auf 30 erhöht werde.) — Zur Anfassung eines zweiten Geldspindes hatte die Versammlung in einer früheren Sitzung 600 M. bewilligt und eine Kommission mit dem Anfaß des selben betraut. Der Magistrat hat in Folge dessen den Beschluß nicht acceptirt und sendet die Vorlage zur anderweitigen Beschlussschaffung der Versammlung mit dem Bemerkung, daß die Versammlung wohl das Recht und die Pflicht zur Bewilligung der Geldmittel habe, die Ausführung der Beschlüsse aber dem Magistrat zustehe, zurück. Der Vorsitzende bemerkte, daß der § 37 der Städteordnung allerdings nicht von einer Kommission, sondern von einer Deputation spreche, es sich in dem besaglichen Stadtverordnetenbeschuße also nur um eine Wortverweichung handele. Man könne aber hieraus sehe, welch großen Werth der Magistrat auf seine Rechte legt, und müsse dies die Versammlung ansprechen, ein Gleches zu ihm. Der betreffende Beschluß wird nunmehr dahin abgeändert, daß statt des Wortes "Kommission" das Wort "Deputation" gesetzt wird,

welche bei Beschaffung eines Geldspindes seitens des Magistrats zu ziehen ist. Den Schluß bildete eine geheime Sitzung. — In der Generalversammlung des heutigen Vorschubvereins am 15. v. Mts. wurde der § 24 des Statuts dahin geändert, daß das Gehalt des Rentenbanten auf das Maximum von 1650 M. festgesetzt wurde. Dieser Beschluß ist angefochten worden, da derselbe nicht von einem Drittel der Mitglieder, wie das Statut bestimmt, gefaßt worden ist. Der Ausschuss hatte deshalb beantragt, wegen Festlegung des Gehaltes des Rentenbanten eine neue Generalversammlung anzuberufen, welche gestern im Koslowy'schen Saale stattfand. Da aber nur 43 Genossen waren, so konnte abermals kein Beschluß gefaßt werden und ist deshalb behufs Verhandlung über dieselbe Vorlage auf Sonntag den 19. d. Mts. eine neue Sitzung anberaumt, in der die Anwesenden (§ 46 des Statuts) nach absoluter Majorität Beschluß fassen werden. — Der heutige Verein Towarzystwo Przemysłowe veranstaltete heute in dem Koslowy'schen Saale zu wohlthätigen Zwecken eine Theatervorstellung. — Am 2. d. Mts. hatte der Arbeiter August Kroll aus Strelitz das Unglück, von einem mit Gewichten beladenen Wagen zu stürzen und das Genic zu brechen, so daß sein Tod augenblicklich erfolgte. — Zu Bratsk brachte am 1. d. Mts. eine dem Wirth Reinhold Mittelstädt daselbst gehörige Scheune total nieder. Dieselbe ist versichert.

### Aus dem Gerichtssaal.

X Lissa, 6. Februar. [Schwurgericht.] Nach der Terminsrolle der diesmaligen Schwurgerichtsperiode werden folgende Anklagesachen zur Verhandlung kommen: am 6. Februar gegen den Arbeiter Hoffmann aus Sierakow, wegen wiederholter vorläufiger und verdeckter Brandstiftung; am 7. Februar gegen den Gasmirch Turmanowski aus Sierakow wegen wissentlichen Meineids; am 8. Februar 1) gegen den Müller Zychlewicz aus Pisanowice wegen Todtchlags, 2) gegen die Magd Nowak und den Knecht Labinski aus Prenne wegen wissentlichen Meineids bzw. Verleitung dazu; am 9. gegen den Arbeiter Siforski aus Brzezie wegen Mordversuchs; am 10. gegen den Arbeiter Drobnica aus Kolaczkowice wegen Raubes; am 11. gegen den Schäfer Longe aus Wulc wegen vorläufiger Brandstiftung und den Arbeiter Drobszki aus Racot wegen Strafenraubs.

In der ersten heute stattgehabten Schwurgerichtssitzung wurde, wie erwähnt, gegen den Arbeiter Hoffmann aus Sierakow verhandelt. Am 15. November v. J. waren in dem Dorfe Sierakow die Scheunen der Ackerwirthe Rabisch und Handke niedergebrant, wodurch sämtliche darin geborenen, nicht unbedeutenden Ernteworräthe zerstört wurden. Eine dritte gleichfalls in Brand gesteckte Scheune, dem Wirth Braum gehörig, konnte, da das Feuer bald bemerkt wurde, rechtzeitig geschüttet werden. Als der That verdächtig wurde der Angeklagte, der sich zur Zeit landstreicher umhertrieb, angehalten, und räumte derselbe nach anfänglichem Leugnen später ein, die in Rede stehenden Brandstiftungen vorläufig verübt zu haben. Das Urteil des Gerichtshofes lautete, dem Antrage der Staatsanwaltschaft gemäß, auf je 8 Jahre Zuchthaus für die beiden vollendeten und 4 Jahre Zuchthaus für die verüchte Brandstiftung, zusammen auf das höchste zulässige Strafmaß von 15 Jahren Zuchthaus, 10 Jahre Erbverlust und Stellung unter Polizeiauflauf.

### Denkchrift, betreffend das Märkisch-Posener Eisenbahn-Unternehmen.

(Fortsetzung)

Das zur Zeit gültige Regulativ für die Berechnung der Rücklagen zum Erneuerungsfonds ist bereits für die Jahre 1876—1880 in Gelung gewesen und ist auf die Jahre 1881—1885 unverändert übernommen. Eine Modifikation in der Höhe der Rücklagen steht daher in den nächsten Jahren nur im Verhältniß zu einer etwaigen größeren oder geringeren Frequenz, welche für die Rücklagen maßgebend ist, zu erwarten.

Die Gesamtsumme der Reserve- und Erneuerungsfonds betrug somit Ende 1880:

Reservefonds . . . . .	129,652 Mark
Erneuerungsfonds . . . . .	1,118,217
zusammen 1,247,869 Mark.	

Aus den Beständen des Reserve- und Erneuerungsfonds ist nach § 8 des Vertrages vom 14. November 1881 die den beiden Direktoren der Gesellschaft zugebilligte Abfindung von 300,000 Mark zu entnehmen. Auch wird der Bestand des Reservefonds durch eine weitere extraordinaire Ausgabe von 40,000 Mark reduziert werden.

Dem Staate fallen die Bestände der Reserve- und Erneuerungsfonds erst dann zu, wenn derselbe die Liquidation des Unternehmens herbeiführt, also frühestens am 1. Januar 1883; bis zu diesem Zeitpunkte sind diese Fonds nach den bisherigen Grundsätzen zu verwalten.

Der Bestand der Beamten-, Pensions- und Unterstützungs-kasse mit 371,352 Mark 23 Pf. ist dem Liquidationsobjekt nicht zuzurechnen, da dieselbe ihrer reglementsähigen Bestimmung erhalten bleiben muß.

Diesem Kaufobjekte gegenüber wird der Staat nach § 7 des Vertrages vom 14. November 1881 folgende Verpflichtungen zu übernehmen haben.

1. Der Staat hat sämtliche Prioritäts-Anleihen, sowie alle sonstigen Schulden der Märkisch-Posener Eisenbahn-Gesellschaft als Selbstschuldner zu übernehmen. In dieser Beziehung sind neben den à conto der Betriebsverwaltung abzumittelnden Vertrags-Verhältnissen mit Lieferanten und Beamten &c. besondere Verpflichtungen nicht bekannt.

2. Als baarer Kaufpreis sind an die Liquidatoren behufs statutenmäßiger Vertheilung an die Aktionäre 15,000,000 Mark zu überweisen.

Da den Inhabern der Stamm- und Prioritätsaktien statutmäßig ein Prioritätsrecht an dem vertheilungsfähigen Erlöse besteht, so daß sie aus letzterem zunächst und vor den Inhabern der Stammaktien befriedigt werden müssen, der Nominalbetrag der bevorzugten Stamm- und Prioritäts-Aktien (21,750,000 Mark) aber höher ist, als der Kaufpreis, so würden bei der formalen Liquidation die Inhaber der Stamm-Aktien leer ausgehen, während auf die erstgenannten Aktien nur rot. 69 Prozent zur Auszahlung kommen würden. Da jedoch der Staat den einzelnen Aktionären durch den freihändigen Umtausch der Aktien in Staatschuldverschreibungen einen höheren Vortheil anbietet, so ist anzunehmen, daß die Aktionäre letzteren vorziehen.

Noch § 6 des Vertrages sollen gewährt werden:

a) Für je fünf Stammaktien a 300 Mark (also zum Gesamtwerthe von 1500 Mark) Staatschuldverschreibungen zum Betrage von 600 Mark. Demgemäß entfallen auf jede Stammaktie 120 Mark Konsols oder 40 Prozent an Kapital resp. 1½ Prozent Rente. Hierach sind für den Gesamtinhaberbetrag der Stammaktien von 21,750,000 Mark Staatschuldverschreibungen zur Gesamtsumme von 8,700,000 Mark auszugeben. Die Staatschuldverschreibungen sollen vom 1. Januar 1883 ab verzinst werden, demgemäß sind vom Jahr 1883 ab an Zinsen zu zahlen.

b) Für je acht Stamm- und Prioritäts-Aktien a 600 Mark, (also zum Gesamtwerthe von 4,800 Mark) Staatschuldverschreibungen im Betrage von 5,700 Mark. Demgemäß entfallen auf jede Stamm- und Prioritäts-Aktie 12½ Mark Konsols (oder 11½ Prozent an Kapital, resp. 4½ Prozent an Rente), was bei einem Nominalbetrag von 21,750,000 Mark Stamm- und Prioritäts-Aktien die Herausgabe von 25,828,125 Mark an Staatschuldverschreibungen erfordert.

Die Staatschuldverschreibungen sollen vom 1. Januar 1883 ab verzinst werden, demgemäß sind von diesem Zeitpunkte ab an Zinsen . . . . . 1,033,125 M.

Außerdem erhalten die Stamm- und Prioritäts-Aktionäre beim Umtausch der Aktien, welcher 6 Monate nach Übernahme der Verwaltung zu erfolgen hat, eine baare Zuzahlung von 6 Mark pro Aktie gleich 1 Prozent an Kapital, so daß die Gesamtabfindung der Stamm- und Prioritäts-Aktien 119½ Prozent beträgt.

Dem Vorstehenden nach hat der Staat an die sämtlichen Aktionäre der Märkisch-Posener Eisenbahn zu gewähren:

	für die Aktien zum Nenn- wert von M.	Rente vom Jahre 1883 ab M.
Stammaktien	21,750,000	8,700,000
Stamm- und Prioritäts-Aktien		348,000
a. Staatschuldverschreibungen . . . . .	21,750,000	25,828,125 1,033,125
b. Baarzahlung . . . . .	—	217,500 8,700
zusammen . . . . .	43,500,000	34,745,625 1,389,825

Sofern der Staat diese Beträge an Staatschuldverschreibungen resp. baar verausgibt, mithin die genannte Rente zu zahlen hat, erwirbt er als Äquivalent sämtliche Aktien der Märkisch-Posener Eisenbahn-Gesellschaft.

Dem Obigen nach berechnet sich die Schuld, welche der Staat für den Erwerb des Märkisch-Posener Eisenbahn-Unternehmens zu übernehmen hat, im Verhältniß zu dem Anlagekapital folgendermaßen:

Es sind:

1. An Stelle der Aktien Staatschuldverschreibungen und in baar auszugeben . . . . . 34,745,625 M.
  2. An Prioritätsobligationen im Umlauf . . . . . 2,861,100 "
- mithin Gesamtbetrag . . . . . 37,606,725 "
- oder auf 272,0 km. pro Kilometer Bahn . . . . . 138,245 "

Dem gegenüber ist nach den obigen Ausführungen (cfr. IV A 1) verwendet im Garzen . . . . . 46,428,000 "

oder pro Kilometer Bahnlänge . . . . . 170,672 "

mithin ist mehr verwendet, als der Staat zu übernehmen hat . . . . . 8,821,275 "

oder pro Kilometer . . . . . 32,427 "

oder etwa der fünfte Theil des Anlagekapitals.

(Fortsetzung folgt.)

### Staats- und Volkswirthschaft.

\*\* Berlin. Die diesjährige Generalversammlung des Vereins der Spiritusfabrikanten in Deutschland, welche auf den 15. bis 18. Februar fällt, verspricht eine besonders interessante zu werden. Es ist die 29. Versammlung im 25. Jahre des Bestehens dieses vielleicht größten technischen Vereins. Besonders das letzte Jahr hat einen ungewöhnlichen Zustrom von Mitgliedern aufzuweisen, so daß die Zahl derselben von etwa 830 am Anfang des Jahres 1881 auf fast 1400 in 1882 gestiegen ist. Besonderer Anlaß zu der regen Beteiligung der Interessenten scheint die zur Feier des 25-jährigen Bestehens des Vereins arrangierte Ausstellung für Spiritusindustrie, auf welche wir noch zurückkommen werden, gegeben zu haben. Aus der diesjährigen Tagesordnung der Generalversammlung haben wir folgende allgemein interessante Punkte hervor: Herr Dr. Delbrück wird über die Fabrikation von Preßhefe aus Kartoffeln, welches neue Verfahren so berechtigtes Aufsehen erregt, rezipieren. Herr Prof. Dr. Maercker hat sich als Thema "Die Bestimmung des Nassisationswertes von Rohspiritus" gewählt. Diese Frage verdient ein besonderes Interesse, weil die Reinheit des zu Getränken bestimmten Spiritus Ausschlag gebend in Bezug auf die Zusätzlichkeit für den menschlichen Körper ist. Herr Dr. Hayduck hält einen Vortrag über die rationelle Ausnutzung der stickstoffhaltigen Stoffe der Rohmaterialien, behufs Preßhefefabrikation. Die Bäckerei und sonstige Konsumenten wird folgende Frage, welche zur Diskussion gestellt ist, berühren: "Durch welche Mittel ist der Preßhefekandel zu reguliren? Empfiehlt sich die Bildung von Verkaufsgenossenschaften? Wie ist der Handelswert der Preßhefe zu bestimmen?" Die Volkswirthschaft werden sich einer anderen Frage zuwenden, welche neuerdings die Spiritusproduzenten lebhaft bewegt. Dieselbe ist bereits kürlich von Herrn Dr. Delbrück in einem im Club der Landwirthe gehaltenen Vortrage behandelt und lautet: "Durch welche Mittel kann dem Produzenten ein Einfuß auf den Gang der Spirituspreise gesichert werden? Sind Spiritusverkaufs-Genossenschaften zu empfehlen? Ist öffentlich geregelte Lombardierung des Spiritus anzubauen durch Errichtung resp. Unterstützung von Spirituslagerhäusern? Welche Einrichtung besteht in dieser Beziehung das Ausland? Außerdem stehen zahlreiche, rein technische Punkte erzeichnet, welche besonders auf die auf der Ausstellung produzierten neuen und alten Apparate Bezug nehmen. Erinnert man sich an die früheren Versammlungen, welche von 600—800 Personen besucht waren, so mag die diesjährige nicht zu gering mit 1000—1200 Theilnehmern veranschlagt sein. Der Minister für öffentliche Arbeiten hat in Aussicht gestellt, daß die Dauer von Eisenbahn-Rückbillets für die Vereinsmitglieder auf 14-tägige Gültigkeit ausgedehnt

## Germischtes.

\* Über einen fünfjährigen Kindesmord wird aus Königsberg, 3. Februar, folgendes berichtet: Ein fünfjähriger Kindesmord, verübt von der leiblichen Mutter, die heute früh auf ihrer Flucht in einem biegsigen Gashofe verhaftet worden ist, bildet das Tagesgespräch. Die 35 Jahre alte Mörderin, welche die Chefrau des Tischlers und Eigenfährners Balm zu Werneritten bei Heilsberg ist, hat bei ihrem heutigen ersten Verhör folgendes erklärt: Ihr 41 Jahr alter Ehemann sei bald nach dem Kriege 1870-71, den er als Reservist mitgemacht, so leidend geworden, daß es ihm unmöglich gewesen, die Familie zu ernähren. Die von demselben bei den Behörden gestellten Anträge auf Gewährung von Unterstützung seien abgewiesen worden. Der Erwerb, welchen die Chefrau demnächst durch Spinnen gesucht habe, habe nach jahrelanger übermäßiger Anstrengung zu einer Gesundheitsschwäche in den Händen geführt, welche die Frau zur Einstellung ihrer Erwerbstätigkeit genötigt habe. Die jetzt bei ihr erwachte Absicht des Selbstmordes habe sie auf die Frage gebracht, welches Schicksal demnächst die Kinder treffen werde? Und da sie sich nur die Antwort geben zu können glaubte, daß die Kinder darben würden, so sei sie aus Liebe zu ihren Kindern auf die Idee gekommen, erst die Kinder und dann sich selbst zu töten. Zu der Ausführung der entsetzlichen Idee war von ihr der gestrige Morgen festgesetzt worden, an welchem der Ehemann sich zur Frühmesse nach der einen Viertel Meile entfernten Kirche begab. Als derselbe nach Pause zurückkehrte, fand er seine sämtlichen fünf Kinder im Alter von 1 bis 7 Jahren (3 Knaben und 2 Mädchen) an einem Ofengestele, welches zum Trocken von Holz dient, er hängt und die Chefrau nicht vor. Die Mörderin gesandt ferner bei dem Verhör ein, daß sie mit dem Mord bei dem ältesten Kind — einem Mädchen — den Anfang gemacht und trotz der Bitten desselben um Ablassung von der That von ihrem Vorhaben nicht abgewichen sei. Mit dem einjährigen Kind habe sie die That beschlossen

und sich dann eiligt auf den Weg nach der nächsten Eisenbahnstation gemacht, um nach Königsberg zu reisen, um hier ebenfalls zu sterben, und zwar durch Ertränken. Als sie hier gestern Abends 11 Uhr mit dem Bahn anlangte, traf bald darauf ein Telegramm der Staatsanwaltschaft in Bartenstein ein, in Folge dessen die Mörderin im Gashofe „Zum goldenen Ring“ ermittelt und verhaftet wurde. Auf dem Wege zur Polizei entsprang sie dem Transporteur und stürzte sich in den Regen, es gelang jedoch, sie noch lebend herauszuholen, wonach sie verhaftet wurde. Heute Nachmittags ist die Mörderin nach Bartenstein transportiert worden.  
(„Volkszg.“)

## Briefkasten.

**M. M. in Posen.** Dem Papste ist für seine Person und für seine Residenz im engeren Sinne des Wortes durch den Garantievertrag die Stellung eines Souveräns gewahrt.

**X. Y. 100.** Theoretische Beantwortung abstrakt hingestellter Fragen hat nur einen theoretischen Werth; der Fall mit seinen Einzelheiten wäre uns lieber. — Im Allgemeinen gilt zwar der Grundsatz, keine Verjährung kann gegen den anfangen, der sein Recht zu gebrauchen oder zu verfolgen behindert wird. Hierher wird namentlich auch der Fall der Unbekanntschaft mit dem Wohnorte des Schuldners gerechnet und die Verjährung fängt hier erst zu laufen an, wenn der Schuldner zurückkehrt. Daraus allein, daß der Schuldner sich in Amerika aufhält, wird aber keineswegs eine Unmöglichkeit der Rechtsverfolgung zu entnehmen sein, denn wenn Sie seinen Wohnort in Amerika kennen, hindert Sie nichts, ihn vor die dortigen Gerichte zu laden, und Zwangsvollstreckungsmaßregeln gegen ihn zu erzwingen. Die Waarenchuld würde in zwei Jahren verjährt sein. § 1 Nr. 1 Ges. v. 31. März 1838.

**M. W. Nr. 40.** Sie können den pp. L. wegen verländerlicher Bekleidung aus § 187 St. G. B. belangen. Allerdings würde mahr-

scheinlich die Staatsanwaltschaft ein Einschreiten „wegen mangelnden öffentlichen Interesses“ ablehnen, es sei denn, daß sie ein solches g. B. in wiederholten Verbrechen des L. wegen Beleidigung, oder in Ihren persönlichen Verhältnissen näher begründen könnten. Dagegen steht Ihnen der Weg der Privatklage offen, welche Sie nach vorgängigem Sühnetermin vor dem zuständigen Schiedsmann innerhalb der Antragsfrist von 3 Monaten beim Amtsgericht in drei gleichlautenden Exemplaren einzureichen haben. Vergewissern Sie sich aber vorher, daß die Zeugen die fraglichen Neuvergängen auch wirklich aus eigener Wissenschaft besunden können, denn sonst werden Sie unter Zurlastlegung aller, auch der dem Gegner erwachsenen Kosten, abgewiesen, und diese sind speziell bei Privatlagen sehr bedeutend.

Berantwortlicher Redakteur: Dr. Bauer in Posen. — Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Anzeige übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

## Sprechsaal.

(Eingesandt.)

### Beschiedene Anfrage.

Aus welchen Gründen steht Roggen per 100 Kilo in der Notiz der Königl. Polizei-Direktion seit etwa drei Monaten um 60 bis 70 Pf. teurerer notirt, als wie im Marktbericht der Kaufmännischen Vereinigung hier? Letztere, sowohl Getreide-Kaufleute als Müller, entnehmen täglich den größten Theil des hier ankommenen Getreides aus dem Markt.

Einer für Viele!

**Zoope zur Posener Zoologischen Garten-Lotterie à 1 M.,**  
Ziehung 15. April cr., sind zu beziehen durch  
die Expedition der Posener Zeitung.  
Wiederverkäufern Rabatt.

## Handelsregister.

Zufolge Verfügung von heute ist eingetragen:

1. in unser Firmenregister unter Nr. 2070 die Firma W. Urbanowicz zu Posen und als deren Inhaberin die Frau Jadwiga Urbanowicz geb. Luczkowska hierelost.
2. in unser Register zur Eintragung der Ausschließung der ehelichen Gütergemeinschaft unter Nr. 660, daß die Frau Jadwiga Urbanowicz geb. Luczkowska für ihre Ehe mit dem Kaufmann Anton Urbanowicz zu Posen durch gerichtlichen Vertrag vom 23. Mai 1881 die Gütergemeinschaft ausgeschlossen hat.

Posen, den 8. Februar 1882.

**Königl. Amtsgericht.**  
Abtheilung IV.

## Bekanntmachung.

In unserem Firmenregister ist die Firma unter Nr. 196 „J. Müller“ aufgezogen, Verfügung vom 3. Februar 1882 am demselben Tage gelöst.

Schneidemühl, den 3. Februar 1882.

**Königl. Amtsgericht.**

## Bekanntmachung.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Gutsbesitzers Wilhelm Künder aus Radoliner Kalofen ist der Rechtsanwalt Gerson zu Czarnikau an Stelle des bisherigen Verwalters zum Konkursverwalter ernannt worden.

Czarnikau, den 3. Februar 1882.

**Königl. Amtsgericht.**

## Nothwendiger Verkauf.

Das in dem Dorfe Pr. v. Siefa

Hauland belegene, Band I Blatt 11 des Grundbuchs verzeichnete, den Eigentümern Stanislaus und Petronius geb. Lewinska-Czajkowski'schen Cheleuten gehörige Grundstück, welches mit einem Flächeninhalt von 31 ha 51 a 20 qm der Grundsteuer unterliegt, mit einem Grundsteuer-Steinertrag von 50,36 Thlr. und zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungswert von 90 M. veranlagt ist, soll befußt Zwangsvollstreckung im Wege der nothwendigen Subhastation

den 7. März 1882,

Vormittags um 10½ Uhr,

im Gerichtsgebäude, Zimmer Nr. 19 versteigert werden.

**Königl. Amtsgericht.**

## Nothwendiger Verkauf.

Das in dem Dorfe Pr. v. Siefa

Grundbuche von Zborti Band 113 Blatt Nr. 6 eingetragene, dem Wirth Bartholomäus Lewiniczki zu Otwoce gehörige Grundstück soll

am 28. März 1882,

Vormittags 10½ Uhr,

im Zimmer Nr. 11 des unterzeichneten Gerichts in nothwendiger Subhastation versteigert und das Urteil über die Ertheilung des Zuschlags

am 28. März 1882,

Mittags 12 Uhr,

dasselbst verkündet werden.

Das Grundstück umfaßt eine der

Grundsteuer unterliegende Gesamtfläche von 9 ha 99 a 40 qm. Zur Grundsteuer ist dasselbe mit einem Steinertrag von 90,30 M. und zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungswert von 60,00 Mark veranlagt.

Der Auszug aus der Steuerrolle,

beglaubigte Abschrift des Grundbuchblattes, alle sonstigen das Grundstück betreffenden Nachrichten, sowie etwaige Verkaufs-Bedingungen können unserer Gerichtsschreiber I.

Vormittags von 8—10 Uhr eingesehen werden. Diejenigen Personen, welche Eigentumsrechte, oder welche nicht ins Grundbuch eingetragene Realrechte, zu deren Wirklichkeit gegen Dritte jedoch die Eintragung in das Grundbuch gezeigt werden, müssen die bezeichneten Anträge spätestens im dem unterzeichneten Gerichtsfall versteigert werden.

Die auf den 2. he. 3. März 1882.

Jarotschin, den 4. Februar 1882.

**Königl. Amtsgericht.**

## Nothwendiger Verkauf.

Das in dem Dorfe Pr. v. Siefa

Grundbuche von Zborti Band 113 Blatt Nr. 6 eingetragene, dem Wirth Bartholomäus Lewiniczki zu Otwoce gehörige Grundstück soll

am 13. April 1882,

Vormittags um 9 Uhr,

im Geschäftskloster des hiesigen

Amtsgerichts versteigert werden.

Der Auszug aus den Steuerrollen,

beglaubigte Abschrift des

Grundbuchblattes und alle sonstigen das Grundstück betreffenden Nachrichten, deren Einreichung jedem Subhastations-Intressenten gestattet ist — können auf der Gerichtsschreiber I des Königlichen Amtsgerichts zu Jarotschin während der

gewöhnlichen Dienststunden eingesehnen werden.

Alle Diejenigen, welche Eigentums- oder anderweite, zur Wirklichkeit gegen Dritte der Eintragung in das Grundbuch bedürfende, aber nicht eingetragene Realrechte geltend zu machen haben, werden aufgefordert, ihre Anprüche spätestens bis zum Erlas des Ausschließungserlasses anzumelden.

Der Beschluss über die Ertheilung des Zuschlags wird in dem auf

den 14. April 1882,

Vormittags um 10 Uhr,

im Geschäftskloster des Königlichen

Amtsgerichts zu Jarotschin anberaumten Termine öffentlich verkündet werden.

Jarotschin, 2. Februar 1882.

**Königl. Amtsgericht.**

## Nothwendiger Verkauf.

Das in dem Dorfe Pr. v. Siefa

Hauland belegene, Band I Blatt 11 des Grundbuchs verzeichnete, den Eigentümern Stanislaus und Petronius geb. Lewinska-Czajkowski'schen Cheleuten gehörige Grundstück, welches mit einem Flächeninhalt von 31 ha 51 a 20 qm der Grundsteuer unterliegt, mit einem Grundsteuer-Steinertrag von 50,36 Thlr. und zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungswert von 90 M. veranlagt ist, soll befußt Zwangsvollstreckung im Wege der nothwendigen Subhastation

den 7. März 1882,

Vormittags um 10½ Uhr,

im Gerichtsgebäude, Zimmer Nr. 19 versteigert werden.

**Königl. Amtsgericht.**

## Nothwendiger Verkauf.

Das in dem Dorfe Pr. v. Siefa

Grundbuche von Zborti Band 113 Blatt Nr. 6 eingetragene, dem Wirth Bartholomäus Lewiniczki zu Otwoce gehörige Grundstück soll

am 28. März 1882,

Nachmittags um 1 Uhr,

im Gerichtsgebäude, Zimmer Nr. 19 anberaumten Termine öffentlich verkündet werden.

Jarotschin, den 19. Jan. 1882.

**Königl. Amtsgericht.**

## Nothwendiger Verkauf.

Das in dem Dorfe Pr. v. Siefa

Grundbuche von Zborti Band 113 Blatt Nr. 6 eingetragene, dem Wirth Bartholomäus Lewiniczki zu Otwoce gehörige Grundstück soll

am 28. März 1882,

Nachmittags um 1 Uhr,

im Gerichtsgebäude, Zimmer Nr. 19 versteigert und das Urteil über die Ertheilung des Zuschlags

am 28. März 1882,

Mittags 12 Uhr,

dasselbst verkündet werden.

Das Grundstück umfaßt eine der

Grundsteuer unterliegende Gesamtfläche von 9 ha 99 a 40 qm. Zur Grundsteuer ist dasselbe mit einem

Steinertrag von 90,30 M. und zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungswert von 60,00 Mark veranlagt.

Der Auszug aus der Steuerrolle,

beglaubigte Abschrift des

Grundbuchblattes, alle sonstigen das Grundstück betreffenden Nachrichten, sowie etwaige Verkaufs-Bedingungen können unserer Gerichtsschreiber I.

Vormittags von 8—10 Uhr eingesehen werden. Diejenigen Personen, welche Eigentumsrechte, oder welche nicht ins Grundbuch eingetragene Realrechte, zu deren Wirklichkeit gegen Dritte jedoch die Eintragung in das Grundbuch gezeigt werden, müssen die bezeichneten Anträge spätestens im dem unterzeichneten Gerichtsfall versteigert werden.

Die auf den 2. he. 3. März 1882.

Jarotschin, den 4. Februar 1882.

**Königl. Amtsgericht.**

## Nothwendiger Verkauf.

Das in dem Dorfe Pr. v. Siefa

Grundbuche von Zborti Band 113 Blatt Nr. 6 eingetragene, dem Wirth Bartholomäus Lewiniczki zu Otwoce gehörige Grundstück soll

am 13. April 1882,

Vormittags um 9 Uhr,

im Geschäftskloster des hiesigen

Amtsgerichts versteigert werden.

Der Auszug aus den Steuerrollen,

beglaubigte Abschrift des

Grundbuchblattes und alle sonstigen das Grundstück betreffenden Nachrichten, deren Einreichung jedem

Subhastations-Intressenten gestattet ist — können auf der Gerichtsschreiber I des Königlichen Amtsgerichts zu Jarotschin während der

# Dr. Papilsky's Fleisch-Extrakt.

Das einzige inländ. Fabrikat, welches zum Unterschiede von dem amerikanischen Fleisch-Extrakte die Garantie für gejunge Be- schaffenheit bietet, enthält die nährenden Bestandtheile inel. Leim in demselben Verhältnisse, wie sie in einer guten Fleischbrühe enthalten sind und liefert demgemäß im Gegensatz zu den amerik. Fabrikaten eine vollkommen natürliche Fleischbrühe.

Zu haben in den Kolonialwaren-, Delikatesse-Handlungen und in den Apotheken.

**Dr. Papilsky & Brühl, Jerzyce-Posen.**

Der Magistrat der Stadt Kalisz macht bekannt auf Grund des Erlasses der Gouvernementsverwaltung Kalisz vom 16. Januar 1882 Nr. 192, daß am 24. Februar russ. St. (8. März) dieses Jahres um 11 Uhr Vormittags eine öffentliche Lizitation in plus durch versiegelte Deklarationen in städtischen Wäldern im Jagd Pieczysko und Lenczno 1029 altes Holz, welches den Anfang von einer Summe der Schätzsumme von 7608 Silberrubel 25 Kop.

Die zur Lizitation hinzutretenden werden verpflichtet sein, eine Deklaration unter Beifügung zu derselben ein zehntel Theil der Schätzsumme d. h. 770 Silberrubel, welche in Anwesenheit bei der Lizitation sofort zurückbezahlt und der Abwesende wird verpflichtet sein, sofort die Summe in Höhe von ein Fünftel der Summe auf Lizitation zu bezahlen.

Die Lizitations-Bedingungen und ein inhaltliches Verzeichniß der geschätzten Hölzer können auf dem Magistrate zu Kalisz und in der Forstverwaltung mit Ausnahme der Feiertage eingesehen werden.

Stadt Kalisz, den 3. Februar 1882.

Präsident Przedpelski.

Rathmann Witkowski.

Sekretär Czapliński.

Gesucht wird ein grösseres Rittergut von ungefähr 2 bis 3000 Morgen im Herzogthum Posen, dessen Besitzer geneigt ist, neben entsprechend baarer Zuzahlung auch noch ein kleines 700 Morgen umfassendes Gut in Ostpreussen (Lehmbod., Inv. 12 Pferde, 70 Rinder etc.), auf welchem nur 12,000 Thlr. landschaftl. Pfandbr. lasten, für den reellen Werth von 50,000 Thlr. anzunehmen. Spezielle Offerten nimmt der Kfm. u. Güter-Negoc. Moritz Alexander, Breslau, Gartenstr. Nr. 20 entgegen.

Frische Sander und Hechte, stets frische Amerik. Austern, pr. 100 St. 12 Mk.  
**W. F. Meyer & Co.**

Am Freitag den 10. Februar c. Vorm. 10 Uhr, werde ich im gerichtlichen Pfandbuche verschiene Möbel, Kleidungsstücke und Goldsachen öffentlich versteigern. Hohensee, Gerichtsvollz. in Posen.

Ein Paar sehr kräftige Arbeitspferde, ruhige Vercherohengste, verkaufen die Brauerei  
Gebr. Hugger.

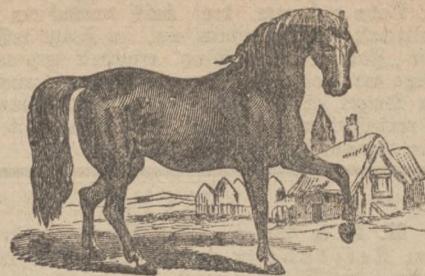
!! Dampfskaffee !! täglich frisch gedrängt, vorzüglicher Geschmack, à Pfund 1 M. 20 Pf. sowie feinsten Perl-Mocca à Pf. 1 M. 50 Pf. empfiehlt Julius Roeder, Judenstr. 6.

En gros en detail. Dunkelrothe Catania-Orangen, Messina Citronen empfing und empfiehlt billigst Moritz Briske Wwe., Krämerstr. 12. en gros en detail.

Heute Abend Frische bei Moritz Briske Wwe., Krämerstr. 12.

! Achtung! Neue türk. Blaumen à Pfund 30 Pf. 11 Pfund für 3 M., ganze geschälte Birnen und Apfelf a Pf. 60 Pf. amerik. Schnittäpfel a Pf. 50 Pf. Ringäpfel a Pf. 75 Pf. süßen Blaumenmus a Pf. 23 Pf. große Pfefferkerzen a St. 6 Pf. Senfgurken a Pf. 40 Pf. Preihelbeeren a Pf. 30 Pf. Honig a Pf. 60 Pf. Stearinkerzen a Pack 40 Pf. Wiener Backung ein Pfund zugezogen 70 Pf. Weineimb 00 a Pf. 20 Pf. Et. 1 M. 20 Pf. sowie sämtliche Kolonialwaren empfiehlt billigst Julius Roeder, Judenstr. 6.

Apotheker Szitnik's Gicht- und Rheumatismusplaster — das bewährte Mittel gegen alle rheumatischen und die durch Erkrankung erzeugten Krankheiten, wie Gliederreihen, Kopf-, Zah-, Brust- und Halschmerzen, Stiche im Kreuz und in der Brust, Husten, Rehkopfentzündung, Geiferkeit, Schwere in Kopf und Appetitlosigkeit — vorzüglich in Rollen à 1 M. n. Gebrauchsanw. bei den Herren: Apotheker Kirschstein - Posen, Meisseldorf - Gnesen, Neugebauer - Krotoschin, wie in den Apotheken zu Breslau, Margonin etc.



Nach Fertigstellung unserer neu erbauten, mit allem Comfort ausgestatteten großen Reitbahn auf der Schützenstraße Nr. 31 empfehlen wir dieselbe dem geehrten Publikum zur gefälligen Benutzung.

Passende Pferde sowohl für Damen, als für Herren sind hinlänglich vorhanden und werden wir bemüht bleiben, durch Ertheilung von Unterricht im Reiten das Unternehmen jederzeit in gutem Renommé zu erhalten.

Wir übernehmen ferner Pferde in Pension, sowohl zum Jureiten als zum Einsfahren, zu mäßigen Preisen und werden wir durch gute Pflege und Abwartung der Thiere uns das Vertrauen des geehrten Publikums zu erhalten bestrebt sein.

Unser bisheriger Handel in edlen Reit- und Wagenpferden wird in der bisherigen Weise fortgeführt.

Indem wir unser neues Unternehmen dem Wohlwollen des geehrten Publikums empfehlen, hoffen wir auf recht zahlreichen Besuch und zeichnen ganz ergebenst

## Gedalje & Gross.

### Impf-Formulare

hält bei dem bevorstehenden Impfgeschäfte stets vorrätig und empfiehlt zur gefälligen Abnahme die

Hofbuchdruckerei  
**W. Decker & Co.**  
(G. Rössel)  
Posen.

### Ein guter Plan.

OPTION. Umsatz von Fonds auf Option wird häufig fünf- bis zehnmal das Anlagekonto in obenvielen Tagen ab. Gedruckte Erklärung gratis. Adr. GEORGE EVANS & Co., Fondsmäkler, Gresham House, London E. C.

### Warszawski's Pfandleih-Inst.

Wronkerstr. 12, 1 Trp., nahe am Wronkerplatz, geöffnet von 8—1 Uhr Vormittags, u. v. 2—7 Uhr Nachm.

### 30 Mark

zahle für jedes à Los 1 Klasse Pr. Lotterie. Nachnahme. Krock in Breslau, Roßmarkt 13.

Für den vortheilhaftesten umfangreichen Vertrieb eines neuen kathol. Lieferungswerkes

mit sehr ansprechenden Gratisprämien werden solide Kolportagehandlungen sowie gewandte Buchhändler gesucht durch die Verlagsbuchhandlung von J. A. Schönsfeld in Düsseldorf.

### Pensionäre

sucht bei kräft. u. bill. Kost J. Groß, Theaterstr. 4.

Ich habe mich in Posen niedergelassen und wohne Wallischei Nr. 1 vis-a-vis Reimann'schen Apotheke. Sprechstunden: von 8—10 Vorm. und von 3—5 Nachm. Von 8—9 Vormittags ertheile ich den Armen den ärztlichen Rat unentgeltlich.

**Dr. Stan,**  
praktischer Arzt.

### Jeder Fettleibige

findet ohne eigentliche Kur, Bade- reise und Berufsförderung brieslich d. unser neuestes thatfächlich erfolgreichstes Verfahren zur Auflösung des Fetts (Abnahme 15 bis 40 Pf.) absolut sichere und vollständig gefahrlose Hilfe. J. Hensler-Maubach, Anstaltsdirektor. Baden-Baden. Prospekte gratis u. franco. Syphilis, Geschlechts- und Hautkrankheit, Schwächezustände, (Pollut. Impot.) heißt mit Sicherem Erfolge, auch briefl. Dr. Holzmann, Berlinerstr. 16 part.

### Specialarzt

### Dr. med. Meyer,

Berlin, Leipzigerstr. 91,

heilt auch brietlich Syphilis, Ge-

schlechtschwäche, alle Frauen- und Hautanomalien, selbst in den hart-

nägiesten Fällen, stets schnell mit

bestem Erfolge.

### Große Wohnung!

Louisenstr. 12 ist sofort eine hoch-

elegante Wohnung von 7 bis 11

Zimmern zu vermieten.

Wilhelmsstr. 14 III, gr. möbl.

Eckzimmer nebst Schlafkabinett, auch ein fl. möbl. Zimmer wegen Ver-

sezung zu verm.

### St. Martin Jr. 19

in der II. Etage 5 Zimmer, darunter

1 Saal nebst Küche und Nebengelaß,

sowie 3 Stuben und Küche vom

1. April 1882 ab zu vermieten.

Sandstr. 8 ist zum 1. April eine

Wohnung von 5 Zimmern, ganz

oder getheilt, auch möbl. u. unmöbl.

Zimmer per sofort sind zu verm.

4 Stuben III sofort zu verm.

Breslauerstraße 9.

Wasserstr. 2, III. G., Wohnung

3 St. Küche, Ramm. sogl. z. v.

### Ein geräumiger Laden

mit Schaufenster und zwei daran-

grenzende Stuben z. 1. Oktober 1882

zu vermieten. Näheres bei

Meyerstein, Wronkerstr. 12.

Eine

herrischäftl. Wohnung

St. Martinstr. 18 sofort zu verm.

Räb. daselbst I. Etage links.

Wohnung von 6 Zimmern und

Zubehör vom 1. April cr. zu verm.

Mühlenstr. 17, I. Etage.

Commis jed. Branche, Inspektoren,

Förster, Gärtner, Brenner, Kellner,

Wirtschafterinnen sc. placit reell

Th. Ischorn, Liegnitz.

Ein junges Mädchen aus gut. Fam. 3½ Jahr in d. Landwirtschaft thätig, beider Sprachen mächtig, s. Stelle z. 1. April als Stütze der Hausfrau oder Wirthin. Off. u. E. N. 23 a. d. Exp. d. 3. erbeten.

### Ein junger Mann,

Israelit, der polnisch spricht, mit der Eisenwarenbranche und der Buchführung vertraut, und sich auch zu kleinen Reisen eignend, findet vom 1. April ab oder eher Stellung in der Eisenhandlung u. Eisenwarenfabrik von S. Rosenfeld in Schwerenz.

Ein

### Lehrling

mit guten Schulkenntnissen findet vom 1. April ab unter günstigen Bedingungen Stellung bei

S. Rosenfeld

in Schwerenz.

Einen recht tüchtigen Materialisten, welcher der deutschen und polnischen Sprache mächtig ist und gute Zeugnisse nachzuweisen hat, sucht per 1. April d. J. bei gutem Salair E. Wencelewsky, Tremesken. Persönliche Vorstellung erwünscht.

### Ein junger Mann,

mit der Kurz- u. Stabenbranche, sowie mit der Buchführung und Correspondenz vertraut (der poln. Sprache mächtig) findet per 15. Februar cr. Stellung bei

Simon Lewinsohn,

Strelno.

Polnisch sprechende Wirtschafts-Inspectoren, Beamte, Rechnungsführer, und Assistenten suche ich für bald u. zu Neujahr A. Werner,

Wirtschafts-Inspecteur und landwirtschaftlicher Tagator. Breslau, Taschenstr. 8, 1 Et.

Die Wirtschaftsstelle unter E. H. 100 ist bereit.

### Familien - Nachrichten.

Als Verlobte empfehlen sich:

Johanna Israel,

Salomon Raphael.

Pinne. Stenschevo.

### Da Wobring,

Trangott Hoffmann.

Verlobte.

Obra, Kreuz,

im Februar 1882.

Allen Verwandten u. Bekannten die traurige Nachricht, daß unser innigst geliebter, theurer Sohn, Bruder, Schwager u. Onkel, der Kaufmann

Dolf Bach,

in Berlin heute früh 3 Uhr uns

durch den Tod entrissen worden.

Kurnik, den 3. Februar.

Die trauernden

Hinterbliebenen.

### Todes-Anzeige.

Am Dienstag, den 7. d. Mts. früh 4 Uhr, verschied sanft nach schweren Leiden unser braver Gatte, Vater und Schwiegervater, der Buchdruckereibesitzer

**Carl Baensch**

in seinem 61. Lebensjahr.

Um stillle Theilnahme bittend, zeigen dies tiefbetrübten Herzens an Gnesen, d. 7. Febr. 1882.

Die Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Donnerstag, Nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause aus, statt.

### Naturwissenschaftlicher Verein.

Donnerstag, den 9. Februar, von 8—9 Uhr Abends, in der Aula der Realschule: